

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Hans von der Groeben

**Europäische Integration
aus historischer Erfahrung**
Ein Zeitzeugengespräch mit
Michael Gehler

Discussion Paper

**C108
2002**

Hans von der Groeben, geb. 14.5.1907 in Langheim (Ostpreußen). Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft in Berlin, Bonn und Göttingen. Referendarexamen 1930, Assessorexamen 1933. Kreditreferent im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Soldat im Zweiten Weltkrieg. Ab 1945 Tätigkeit im Oberpräsidium Hannover, im niedersächsischen Finanzministerium und im Bundesministerium für Wirtschaft, zuletzt als Ministerialdirigent. Delegierter bei den Vorbereitungen und den Regierungsverhandlungen zum Vertrag über die EWG. Mitglied der EWG-Kommission von 1958-1967 und der EG-Kommission von 1967-1970. Seit dem Ausscheiden aus der EG-Kommission schriftstellerische und beratende Tätigkeit. Ehrendoktor der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt (1967). Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern und Schulterband (1967) und anderer Auszeichnungen. Jean Monnet-Preis 1987.

Publikationsauswahl: Europa Plan und Wirklichkeit 1969, Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft 1982, Legitimationsprobleme der Europäischen Gemeinschaft 1987, Deutschland und Europa in einem unruhigen Jahrhundert 1995. Außerdem Mitherausgeber des Kommentars zum EWG-Vertrag und der beiden Bielefelder Berichte über Ziele und Methoden der Integration und Möglichkeiten und Grenzen einer Europäischen Gemeinschaft. Festschrift zum 80. Geburtstag des Verfassers: Eine Ordnungspolitik für Europa 1987.

Michael Gehler, geb. 1962, ist seit 1999 Professor am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck. 1992-1996 Research Fellow des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Wien. Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn.

Publikationsauswahl: Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem: Zwischen Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, internationaler Arena und Globalisierung, Bochum 2001; Der lange Weg nach Europa. Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU, 2 Bde., Innsbruck-Wien-München-Bozen 2002.

Hans von der Groeben

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Gehler:

Wenn man Sie, Herr von der Groeben, nicht als Jean Monnet der Bundesrepublik Deutschland bezeichnen will, so darf man Sie, vielleicht doch als einen der wichtigsten noch lebenden Integrationsexperten der Formationsphase der EWG und Zukunftsdenker bezeichnen. Können Sie uns sagen, auf welchen familiären Hintergrund, ausgehend von den biographischen und sozialisationsbedingten Wurzeln Ihr europapolitisches Interesse und integrationspolitisches Engagement zurückgeht?

von der Groeben:

Also ich war Reserveoffizier und etwa 3 ½ Jahre als Soldat im Kriege. Und zwar zuletzt als 1. Ordonanzoffizier in einem Armeestab der 19. Armee in Avignon. Die Armee hatte den Oberbefehl über die französische Südküste. Ich wurde dann von den Amerikanern schon sehr vorzeitig im Juli 1945 aus der Gefangenschaft entlassen und kehrte nach Nordheim in der Gegend von Göttingen zurück, wohin meine Familie geflohen war. Die hatte vorher in Berlin gelebt. Ich war Oberregierungsrat im Reichsernährungsministerium gewesen. Ich habe mich gleich wieder beworben im Öffentlichen Dienst und wurde schon im September als Beamter auf Widerruf mit Zustimmung der Militärregierung in Hannover im Oberpräsidium in der Finanzabteilung beschäftigt. Dann blieb ich dort bis – es wurde dann das Land Niedersachsen gegründet – Niedersachsen mich dann auch schon als Beamter, nicht

mehr auf Widerruf übernahm, und das dauerte bis zum Jahre 1951. In Niedersachsen im Finanzministerium war gleichzeitig mit mir Herr Dr. Josef Rust, der ein Kollege aus Berlin war, und wie sich später herausstellte, zu dem engsten Mitarbeiterkreis von Bundeskanzler Adenauer gehörte. Wir versprachen uns, wenn es wieder zur Gründung des Bundes kommen würde, als alte Reichsbeamte noch erzogen in dem Geist der Weimarer Republik, dann würde der eine zuerst gehen und den anderen nach Bonn nachholen. Und so geschah es denn auch. Herr Rust wurde sofort von Adenauer in sein „Küchenkabinett“ geholt und war bei seinen vielen Reisen sein persönlicher Begleiter. Nun, ich will das nicht im einzelnen nachvollziehen. Sie wissen ja, wie es dann zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl kam. Es entstand dann ein Streit zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundeswirtschaftsministerium, wer bei der Behandlung der Angelegenheiten Montanunion zuständig sein sollte. Adenauer war nicht so sehr davon überzeugt, ich glaube mit Recht, daß Herr Erhard ein Anhänger der Sechser-Integration sei. Er beugte sich aber dem Wunsch von Erhard, die Montanunion federführend zu behandeln, aber er stellte die Bedingung, daß gleichzeitig die Leitung der Abteilung, die dann diese Angelegenheiten bearbeiten sollte, von Herrn Dr. Rust, der, wie ich schon sagte, das Vertrauen von Adenauer genoß, übernommen werden sollte. Es war die sogenannte Bergbau-Abteilung, also die Abteilung, die für Kohle, Stahl und Energie zuständig war, der auch eine Unterabteilung für den Schuman-Plan unterstellt wurde. Ich wurde dann von Ludwig Erhard und von Ludger Westrick mit Zustimmung von Adenauer gebeten, den Aufbau dieser Unterabteilung Schuman-Plan zu vollziehen, zunächst als Generalreferent und später als Unterabteilungsleiter.

Nun, diese Vorgeschichte zeigt also, daß ich zunächst einmal in Niedersachsen vielleicht weniger mit europäischen Fragen, sondern hauptsächlich mit internen Fragen des Landes befaßt war. Wir aber, also meine Altersgenossen aus dem Freundeskreis, waren schon in der Nazi-Zeit voll davon überzeugt, daß es in Europa zu einer engeren Zusammenarbeit der Nationalstaaten kommen mußte. Es war eine damals vielleicht noch sehr weit voraus schauende Meinung – die natürlich nach der Kapitulation bestärkt wurde, denn es war für uns klar, daß dieses nun ja geteilte und zerstückelte

oder in verschiedene Besatzungszonen aufgeteilte Deutschland in irgendeiner Weise eingegliedert werden müßte in einen europäischen Zusammenhang. Deswegen habe ich diese Aufgabe sehr gerne übernommen und wie die weitere Zeit gezeigt hat, mich tätig dafür eingesetzt. Es war damals außergewöhnlich schwierig für uns, nun in ein enges freundschaftliches Verhältnis mit den Beamten der anderen Mitgliedsstaaten zu gelangen. Ich war damals ja stellvertretender Delegierter, der die Bundesrepublik gegenüber der Montanunion vertrat – formell war es Dr. Rust. Aber praktisch habe ich diese Aufgabe meistens wahrgenommen und die Vorarbeiten geleistet, so daß ich wöchentlich in Kontakt mit Beamten der anderen Mitgliedsstaaten kam. Es hat sich dann sehr schnell ein freundschaftliches Verhältnis entwickelt. Wir waren eben auch alle der Überzeugung, daß es notwendig wäre, die Vergangenheit nicht zu vergessen, sondern aus der Vergangenheit den Schluß zu ziehen, daß man zusammenarbeiten müßte und so etwas, wie es durch die Untaten der Nazis geschehen war, nicht wieder vorkommen dürfte. Sehr interessant war auch – das darf ich hier am Rande bemerken – daß eine Reihe jüdischer Beamter anderer Staaten, Holländer und Franzosen, sich als besonders kooperativ erwiesen, als sie gemerkt hatten, daß wir bereit waren, nun einen wirklich neuen Anfang zu machen.

Gehler:

Sie sind auf die Montanunion eingegangen. Sie haben an anderer Stelle einmal formuliert, daß der Versuch, selbständige Nationalstaaten zusammenzuführen und mit Ihnen eine eigenständige Gemeinschaft zu formen „ein sehr kühnes Unternehmen gewesen sei“. Supranationale Integration, die ja die Montanunion bereits in den fünfziger Jahren repräsentierte, war nicht Usus, sondern ein Novum. Alte ordowirtschaftsliberale Integration war bekannt, die neue, supranationale Integration noch unerprobt. Welche Vorstellungen verband man eigentlich mit der vergemeinschafteten Politik dieser Art in der damaligen Integrationstheorie? Interessieren würde mit Blick auf Brüssel: Woher rührten solche Ideen in den deutschen europa- und integrationspolitischen Kreisen?

von der Groeben:

Man muß da wohl unterscheiden zwischen dem Konzept, das der Montanunion zugrunde lag, und dem, was wir später mit dem Allgemeinen Gemeinsamen Markt gemacht haben. Das Konzept der Montanunion stammte aus Frankreich. Es gab keinen Zweifel. Es war Jean Monnet und insbesondere seine beiden Mitarbeiter, Etienne Hirsch und Pierre Uri, die das ausgearbeitet hatten, eine Konstruktion, die sehr theoretisch war. Man versuchte, zwei Wirtschaftszweige aus dem allgemeinen Wirtschaftszusammenhang herauszunehmen und zu einem Gemeinsamen Markt zusammenzuschließen. Ich bin bei der Vorbereitung der Montanunion noch nicht dabei gewesen, und wurde, wie ich nach Bonn kam, mit dieser Konzeption konfrontiert. Ich gebe zu, daß ich selbst einige Schwierigkeiten hatte, mich in die Gedankengänge hineinzufinden. Ich habe dann natürlich versucht, das Beste daraus zu machen. Wir haben die Personalfragen geregelt und die ersten Schritte zur Inangangsetzung dieses etwas seltsamen Versuches gemacht. Ich spreche jetzt nicht von der politischen Bedeutung, sondern von der wirtschaftlichen Seite. Ich wurde dann vom wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums unter Vorsitz von Erwin von Beckerath gebeten, doch einmal einen Vortrag – ich war inzwischen schon Unterabteilungsleiter geworden, also Ministerialdirigent – zu halten, wie die Montanunion funktioniert. Ich habe dann erzählt, was wir gemacht hätten. Und dann habe ich mich leider verführen lassen, zu sagen, als wäre das eigentlich auch ganz vernünftig. Und darauf folgte ein schallendes Gelächter der Professoren. Ich war natürlich betrübt und fühlte mich in meiner Würde etwas verletzt. Herr von Beckerath, der ein sehr reizender Mann war, nahm mich beiseite und sagte, ich müßte das verstehen. Es wäre nicht gegen mich gerichtet, aber der wissenschaftliche Beirat hätte gerade in einem Konklave darüber gesprochen, daß dieses System theoretisch nicht zu vertreten sei und in der Praxis wahrscheinlich scheitern werde. Das hat dann dazu geführt – und deswegen erzähle ich es auch – daß ich als Leiter dieser Abteilung versuchte, mit meinen Mitarbeitern ein Konzept zu entwickeln, um dieses System, das nur auf zwei Branchen gestützt war, einigermaßen gangbar zu machen.

Gehler:

Wir wissen als Historiker, daß die Grundkonzeption von Jean Monnet ausging, allerdings erst seit jüngerer Zeit ist bekannt, daß ein politischer Anstoß, dieses Projekt Schuman-Plan in Angriff zu nehmen, auch von Adenauer ausging, der schon Monate vor Schumans Rede am 9. Mai 1950, zu Beginn des Jahres 1950 einem Vertrauensmann von Bidault vermittelte, eine Kohle-, Stahl- und Chemie-Union zu schaffen und damit frühzeitig signalisiert hat, er ist dafür und ist dabei. Wie weit glauben Sie, daß Adenauer das vorwegnahm, was Robert Schuman dann später verwirklichen sollte, damit die Verflechtung zwischen den einzelnen Staaten so stark werden würde, daß sie im Grunde gar nicht mehr gegeneinander agieren?

von der Groeben:

Also das, was Sie sagen über die frühen Vorstellungen von Adenauer, ist mir unbekannt. Das habe ich bisher noch nicht gehört. Aus meiner Kenntnis heraus war für Adenauer die Initiative, die nachher ja Jean Monnet und Robert Schuman gestartet haben, eine eminent politische Frage. Erstens natürlich die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Zweitens auch das Ruhr-Statut, das dadurch abgelöst wurde, was natürlich in Deutschland die Zustimmung sehr wesentlich erleichterte. Denn es war ja keineswegs so, daß die Montanunion überall auf Zustimmung gestoßen wäre. An sich war die europäische Meinung sehr stark, dieses Gefühl, daß man sagte: Wir müssen irgend etwas machen. In dem Moment, wo es dann zur Konkretisierung kommt, waren z.B. die Kohlevertreter nicht sehr glücklich mit der Vergemeinschaftung – in Frankreich war ja die Kohle verstaatlicht, und in Deutschland wurde über die Monopolisierung gestritten. Das hat bei den Leuten von der Kohle nicht großes Vergnügen ausgelöst. Beim Stahl war die Zurückhaltung auch sehr stark. Ich will da nicht auf die Einzelheiten eingehen. Aber Adenauer hat das eben aus politischen Gründen getan, und wir standen dahinter. Da gab es gar keinen Zweifel.

Gehler:

Wenn man, Herr von der Groeben, die Struktur der Montanunion mit jener der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vergleicht, so springt der Supra-

nationalitätsunterschied – um es so zu formulieren – rasch ins Auge. Die Hohe Behörde hatte, wenigstens in der Theorie, seinerzeit ungleich mehr Eingriffsmöglichkeiten als dann die spätere EWG-Kommission. Wie weit ist dieser, wenn man so will, Verlust an Vergemeinschaftung in den wenigen Jahren von 1951, 1952 bis hin zu den Jahren 1957, 1958 aus Ihrer Sicht zu erklären?

von der Groeben:

Wissen Sie, die Hohe Behörde hatte formell eine ganze Menge – wie Sie eben gesagt haben – Zuständigkeiten, die griffen aber nicht. Meine Auffassung ist immer dahin gegangen, das habe ich ja nachher bei dem Gemeinsamen Markt mit durchsetzen können: es muß eine Möglichkeit geben, die Dinge von oben her durch eine Bürokratie oder ein politisches Gremium zu beeinflussen, diese sind aber beschränkt, sie müssen da greifen, wo die Entwicklung das möglich macht. Bei der Montanunion war es so, daß alle ihre Befugnisse mehr oder minder auf dem Papier standen. Je mehr sich die Dinge entwickelten, insbesondere also auch, wie Sie ja wissen, der Energiemangel beseitigt werden konnte, desto weniger war es möglich, die Entwicklung zu beeinflussen. Außerdem hatte Monnet, den ich sehr verehrt habe und der große politische Verdienste hat, die Vorstellung, man könnte durch eine Hohe Behörde sehr viele Probleme lösen. Das Wort „dirigistisch“ ist vielleicht zu hart, aber es war die Vorstellung, daß die Institutionen es machen könnten. Die Auffassung, von der wir später ausgegangen sind, daß nämlich ein großer Teil der Integration durch die Wirtschaft selbst erfolgt, also durch die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes, war ihm zunächst nicht sehr einleuchtend. Er war insofern ein Antipode Ludwig Erhards, der nicht ein Feind von Institutionen war, aber in erster Linie den Kräften des Marktes vertraute.

Gehler:

Es ging um die Frage, wie dieser im Rückblick evidente Verlust an Supranationalitätsqualität zu klären ist.

von der Groeben:

Es gab Vorschriften über Haushaltsrecht, die kann man wohl supranational nennen. Aber sonst würde ich meinen, daß die Vorstellung, wonach die Hohe Behörde die Dinge regeln könnte, sich in der Praxis nicht bewährt hat. Ich habe ja immer den Staatssekretär Westrick begleitet, der die Bundesrepublik meistens in der Montanunion vertrat, weil Herr Erhard sich solchen internationalen Versammlungen sehr ungerne aussetzte, er war nicht sehr sprachbegabt. Ich habe ihm, wenn er da war, ein großes Buch gemacht, in dem ich aufgezeichnet habe, was gemacht werden sollte. Darin waren auch Alternativen aufgezeigt. Westrick war technisch sehr versiert, die Art, wie die Hohe Behörde glaubte, die Dinge regeln zu können, stieß bei ihm auf Widerspruch. Und er hat gesagt, das ist doch unsere Sache.

Gehler:

Ich würde gerne noch einmal auf Schuman-Plan und Jean Monnet zurückkommen, um dann die weitere Entwicklung im Auge zu behalten. Der Schuman-Plan wirft die Frage nach den Beratern, den Technikern auf. Adenauers Durchsetzungskraft ist integrationspolitisch außer Frage. Aber welchen Stellenwert hatte diese Integrationsfrage mit Blick auf Reflektion und Konzeption? Hat Adenauer Monnets Konzeption reflektiert, in der Theorie nachvollzogen oder ging es ihm, sagen wir mal, in erster Linie um Frankreich und Deutschland, d.h. die Anbahnung verstärkter Beziehungen? Wie würden Sie das beurteilen?

von der Groeben:

Es ist natürlich sehr schwer, etwas auszusagen, was Adenauer sich damals gedacht hat. Wir hatten den Eindruck, daß für Adenauer die politische Frage, das deutsch-französische Verhältnis und darüber hinaus eine enge Zusammenarbeit in Europa vollkommen im Vordergrund stand. Die Frage, wie das nun im einzelnen geschehen sollte, hat nicht zu den Dingen gehört, die ihn besonders bewegt haben. Ich habe ja dann später Gelegenheit gehabt, ihm Vortrag zu halten, auch über den Spaak-Bericht usw. Wahrscheinlich würde er, wenn man ihn gefragt hätte, das habe ich nicht getan, dem Konzept des Allgemeinen Gemeinsamen Markts näher gestanden ha-

ben wie der dirigistisch ausgerichteten Montanunion. Sie haben mit Recht gesagt: Das Politische stand bei ihm vollkommen im Vordergrund.

Gehler:

Sie waren, Herr von der Groeben, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Gemeinsamer Markt, den Sie jetzt schon angesprochen haben bei den Regierungsverhandlungen in den Jahren 1956 und 1957. Es ist bekannt, auch aus der Literatur, daß es während der Verhandlungen, die zu EWG und EURATOM führten, ein ziemliches Hin und Her gegeben hat zwischen den Verantwortlichen. Stichworte: Franz Josef Strauß, Franz Etzel, Ludwig Erhard, Konrad Adenauer. Wie sah das konkret aus?

von der Groeben:

Also da muß man natürlich etwas auf die Geschichte eingehen. Ich hatte ja schon gesagt, daß in meiner Abteilung Klarheit darüber war, daß die auf Kohle und Stahl ausgerichtete Montanunion keine Zukunft hat. Wir haben dann ein Konzept entwickelt, ich habe Ihnen zwei Dokumente aus der damaligen Zeit mitgebracht (siehe Anhang), wo wir – meine Abteilung und ich – uns Gedanken gemacht haben, bitte, wenn ich „ich“ sage, ist es immer kollektiv gedacht. Wir haben auf Grund der Vorstellungen des Wissenschaftlichen Beirats in meiner Abteilung dieses Konzept des Allgemeinen Gemeinsamen Marktes entwickelt. Und das Originelle daran war wahrscheinlich, daß wir das verbunden haben mit dem institutionellen System der Montanunion. Jedenfalls haben wir aus der Montanunion dann, wie Sie wissen, etwas anderes entwickelt. Das ist, wenn ich so sagen darf, vielleicht der originelle Beitrag, den wir geleistet haben. Denn an sich ist natürlich die Idee eines allgemeinen gemeinsamen Marktes, nicht nur von Herrn von der Groeben erfunden worden, sondern hat schon in den Verhandlungen über eine Politische Union – da war Hans von Boeckh aus unserem Ministerium beteiligt, eine Rolle gespielt. Aber diese Kombination, die ist vielleicht – so würde ich jedenfalls meinen – originell. Nun wußten die Herren in meinem Ministerium, daß der Minister ganz anderer Auffassung war und auch die Abteilung 1, also die Grundsatzabteilung, die damals von Herrn Müller-Armack geleitet wurde, der allerdings – das möchte ich gleich einfügen – später eine vermittelnde Rolle gespielt hat. Nach dem Scheitern der

Europäischen Verteidigungsgemeinschaft lautete die Frage, was soll werden? Und da hatte ja Paul Henri Spaak nach Konsultationen mit Jean Monnet dieses Benelux-Memorandum verfaßt, das aber ziemlich viele Möglichkeiten enthielt, sich also noch nicht für eine bestimmte Konstruktion ausgesprochen hatte. Das erforderte nun, daß wir, d.h. das Auswärtige Amt und das Wirtschaftsministerium uns dazu äußerten. Die Meinungen gingen auseinander. Im Auswärtigen Amt war, das war insbesondere der zuständige Abteilungsleiter Carl Friedrich Ophuels, der zu einer institutionellen Betrachtung neigte, und deswegen alle Vorschläge, die dahin führten, unterstützte. Dann war Herr Erhard, also mein Minister, der ganz klar für eine breite, weltwirtschaftliche Lösung war und für die Europäer höchstens eine verbesserte OEEC vorsehen wollte mit wenig Institutionen und natürlich auf der Basis der Konvertibilität – und eines low-tariff-Clubs, wie man damals immer so schön sagte. Was sollte nun werden? Herr Müller-Armack hat uns dann eingeladen in sein Landhaus nach Eicherscheid. Etzel, Brentano, Erhard, Müller-Armack, Westrick, Rust und ich waren dabei. Ich wurde aufgefordert, die Konzeption meiner Abteilung vorzutragen und wurde sehr unterstützt von Etzel, mit dem ich vorher gesprochen hatte. Etzel war stark von Monnet beeinflusst. Monnet wollte eine weitere Teilintegration und hielt von dem Gemeinsamen Markt nicht viel. Er glaubte auch nicht, daß die französische Nationalversammlung einem solchen Projekt zustimmen würde. Jedenfalls hat er Etzel immer gesagt: „Sie müssen unter allen Umständen dafür sorgen, daß eine weitere Teilintegration zustande kommt.“ Da war hauptsächlich an EURATOM gedacht, es wurde aber auch über andere Dinge zum Beispiel das Veterinärwesen gesprochen. Herr von Brentano und Herr Erhard hatten ihrerseits Zweifel, ob das Vorhaben mit den Regeln des GATT vereinbar sein würde. Ich sagte daraufhin: „Da gibt es den Artikel XXIV des GATT, der eine Zollunion zuläßt.“ Trotzdem war Herr Erhard nicht überzeugt, sich aber darüber klar, daß Bundeskanzler Adenauer die Integration der Sechs fortsetzen wollte, und er nicht dauernd Widerstand leisten könnte. Ich habe dann zusammen mit Rudolf Regul, Direktor der Hohen Behörde, das deutsche Memorandum ausgearbeitet. Die institutionellen Fragen blieben offen; wenn wir die institutionellen Fragen erörtert hätten, so wäre es nach meiner Überzeugung in

Eicherscheid nicht zu einer Übereinstimmung gekommen. Es wurde in dem deutschen Memorandum von einem beratenden Gremium gesprochen. Mich hat das nicht sehr gestört. Ich konnte es auch gar nicht ändern. Dann kam die EGKS-Konferenz in Messina. Ich bin nicht dabei gewesen. Das Auswärtige Amt hatte zu viele Plätze für sich, auch für jüngere Herren, belegt, so daß für mich, dem Urheber des Memorandums, kein Platz war. Hallstein hat das später sehr bedauert. Ich hätte aber auch gar nichts bewirken können. Es hat dort auch keine Übereinstimmung über die Probleme gegeben. Man war schon dabei, auseinander zu gehen. Die Politiker sind dann zu einer Theatervorstellung gegangen, währenddessen haben Baron Jean Charles Snoy d'Oppuers und einige andere Beamte ein Konglomerat von Gedanken und Entwürfen ausgearbeitet und vorgelegt. Es wurde nur entschieden, daß Herr Spaak die von der Konferenz eingesetzten Sachverständigen-Gruppen leiten sollte. In den Sachverständigen-Ausschuß für den Gemeinsamen Markt wurden dann Herr Müller-Armack und ich entsandt, die Bundesrepublik zu vertreten. In diesem Ausschuß konnte mit den Niederländern, den Belgiern, den Luxemburgern und den Italienern schon Übereinstimmung über die wesentlichen Elemente eines allgemeinen gemeinsamen Marktes erzielt werden. Der französische Delegierte, Herr Nespolus, war erstaunt. Ich sagte zu ihm: „Können Sie mir sagen, was die Meinung der französischen Regierung ist?“ Er sagte: „Das ist für mich sehr schwierig, denn ich habe keine entsprechenden Weisungen. Aber ich kann Ihnen sagen, daß ist ein sehr schönes Projekt, das Sie vorhaben, aber gänzlich unrealistisch.“ Er war also sehr offen. Die Sachverständigen-Besprechungen gingen zu Ende und die einzelnen Ausschüsse legten Gutachten vor. Spaak war über die Fülle der Vorschläge und Anregungen nicht sehr glücklich. Er entschloß sich, nur *einen* Vorschlag zu machen, der entweder angenommen oder abgelehnt werden könnte. Damit ist ein entscheidender Schritt gemacht worden.

Alle diese Vorgänge haben in der Öffentlichkeit verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit erregt. Es war ein kleiner Kreis von Politikern und hohen Beamten, die sich dieses Ziel gesetzt hatten; in politischen Kreisen, der Wissenschaft und der Wirtschaft war aber eine allgemeine Bereitschaft, den Einigungsprozeß zu fördern, vorhanden.

Spaak hatte sich also entschlossen, einen in sich kohärenten Vorschlag zu machen, er suchte Sachverständige, die die Einzelheiten ausarbeiten sollten. Monnet schlug ihm dann Pierre Uri, Direktor der Hohen Behörde, dafür vor; Uri hatte ja schon bei der Gestaltung der Montanunion mitgewirkt, deren Konzeption allerdings mehr staatswirtschaftlich ausgerichtet war. Um ein Gleichgewicht der Konzeptionen und Nationalitäten zu sichern, suchte Spaak einen zweiten Sachverständigen. Dann wurde ihm von seinem Sohn, der in der Hohen Behörde arbeitete und von einigen meiner Freunde gesagt: „Nehmen Sie doch Groeben, der versteht etwas davon und ist ein überzeugter Europäer.“ Spaak fragte mich. Ich habe dann ein langes Gespräch mit Pierre Uri gehabt und dabei festgestellt, daß er bereit war, die Konzeption, die wir erarbeitet hatten, mitzutragen. Ich vermag nicht zu sagen, wann er zu dieser Überlegung gekommen ist. Ich habe gehört, er hätte ein Gespräch mit Ophuels gehabt, und Ophuels hätte ihm gesagt, daß eine Teilintegration nicht durchsetzbar sei. Uri hat sich dann wohl mit unserer Konzeption beschäftigt, denn ich habe, wie ich dieses Gespräch mit ihm führte, keinen Zweifel mehr gehabt, daß wir uns auf die Konzeption, die ja in den Sachverständigen-Gesprächen schon vorgeplant war – Uri war nicht dabei – einigen würden. Wir haben uns dann auch gegenseitig versprochen, daß der Botschafterkonferenz unter dem Vorsitz von Spaak, die ja formell zuständig war, nur gemeinsame Vorschläge vorgelegt werden sollten. Wir haben uns beide daran gehalten. Uri hat formuliert, er war ein hochintelligenter Mann und mit der Feder mehr vertraut als ich. Wir haben während dreier Monate der Botschafterkonferenz die einzelnen Teilergebnisse vorgelegt z.B. über die Zollunion, den Zahlungsbilanzausgleich, die vier Freiheiten usw. Die Botschafterkonferenz hat zugestimmt oder gewisse Änderungen angebracht, so daß ein Bündel von Entwürfen vorlag. Uri und ich – wir sind dann zum Grand Hotel Cap Ferrat gefahren, wo es leider meistens regnete – haben in vier Wochen diesen Bericht abgefaßt. Meist nach erneuter ausgiebiger Diskussion hat Uri einen französischen Formulierungsvorschlag gemacht, den wir dann korrigiert oder übernommen haben. So kam dieser Spaak-Bericht innerhalb von 4 Wochen zustande; er entsprach der Konzeption, auf die wir uns in Eicherscheid geeinigt hatten. Ausgehend von dem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates des Bundeswirt-

schaftsministeriums führte der Weg von den Vorarbeiten der Schumanplan-Abteilung, den Beschlüssen von Eicherscheid, den Sachverständigen-Besprechungen über den von Pierre Uri und mir redigierten Spaak-Bericht zu den Regierungsverhandlungen und den Vorschriften des EWG-Vertrages.

Paul Henri Spaak hat ein großes Verdienst an dem Zustandekommen der Verträge. Er war insofern ein Phänomen, als er bei den Verhandlungen mit den Ministern unsere Konzeption in einer hervorragenden Form vertreten hat. So schön hätten wir das nicht machen können. Der Spaak-Bericht wurde als Grundlage der Regierungsverhandlungen angenommen.

1956 in Venedig. Der französische Außenminister Christian Pineau saß vor und sagte: „Herr Spaak. Sie haben diesen Bericht vorgelegt. Würden Sie so freundlich sein, uns zu sagen, was da drin steht.“ „Nein“, sagte Spaak, „diese Absicht habe ich nicht. Ich hoffe, Herr Pineau, Sie haben den Bericht gelesen,“ worauf eine ziemlich schwierige Situation entstand. Die Sitzung wurde vertagt, und nach einer vollen Stunde kam man wieder zusammen und Pineau sagte: „Ja, wenn alle einverstanden sind, kann der Bericht als Grundlage der Regierungsverhandlungen dienen.“ Aber wir haben noch Sorgen wegen der überseeischen Gebiete. Das hat er damals klar gesagt. Jetzt lautete die Frage: Was soll geschehen, wer soll das nun machen? Und da wurden drei Ausschüsse eingesetzt. Einer für den Gemeinsamen Markt, einer für EURATOM und einer für die Redaktion. Da entstand nun in Deutschland eine sehr schwierige Situation. Spaak schlug vor, mich zum Vorsitzenden des Ausschusses „Gemeinsamer Markt“ zu machen. Mein Minister, dem ich zu integrationsfreundlich war, wollte Herrn Müller-Armack vorschlagen. Aber Adenauer hat ihm dann gesagt: Wenn jetzt ein belgischer Minister einen Vorschlag macht, einen Deutschen zum Vorsitzenden zu machen, da werde ich nicht sagen, nimm einen anderen. Ganz abgesehen davon, daß Müller-Armack wenig in Brüssel gewesen war und man auch hinsichtlich seiner Konzeption nicht so recht wußte, war er nun mehr für Erhard oder mehr auf unserer Seite. Also ich wurde ernannt für diesen Ausschuß. Das war zunächst sehr schwierig. Die Franzosen mauerten zu Anfang und zwar deswegen, weil sie zwar im Parlament die Zustimmung bekommen hatten für EURATOM, aber die Sache mit dem

Gemeinsamen Markt, das war im Juli 1956, offen geblieben war. Der damalige französische Delegierte Olivier Wormser, der später Botschafter in Rußland wurde, sagte: „Monsieur le Président, c'est vraiment très intéressant.“ Aber mehr kam nicht heraus. Im September trat eine Änderung ein; ich kann nicht genau sagen, wer in der französischen Regierung dafür verantwortlich war. Ich nehme an, daß es eine Gruppe war, zu der Robert Marjolin, Jean François Deniau und Emile Noël gehörten. Marjolin war damals Generalsekretär der OEEC, Noël war Kabinettsdirektor bei Guy Mollet, Kabinettsdirektor, und Deniau gehörte zur Delegation: Er ist später Mitglied der Akademie geworden in Frankreich. Dann haben wir am 1. September 1956 wieder angefangen. Da war dann Jacques Donnedieu de Vabres der französische Delegierte in meinem Ausschuß, der Sohn von jenem Donnedieu de Vabres, der im Nürnberger Prozeß französischer Richter war. Ein ganz reizender Mann, leider ist er sehr früh gestorben. Da waren die Franzosen nun bereit, mitzuspielen. Wir haben dann die Dinge nach und nach durchgearbeitet. Dann kamen allerdings zwei sehr schwierige Situationen. Monnet hatte Adenauer gesagt: „Also mit dem Gemeinsamen Markt, das wird nichts. Wir müssen EURATOM machen.“ Mit mir redete dann Max Kohnstamm, der engste Mitarbeiter von Monnet. Er wollte mich sprechen im Auftrag von Monnet. Ich war ja damals der Vorsitzende dieses Ausschusses. Und wir trafen uns in Lüttich. Ich weiß nicht, warum nicht in Brüssel. Er brachte mir von Monnet die Bitte mit, ich sollte die Verhandlungen über den Gemeinsamen Markt möglichst verzögern. Die französische Nationalversammlung hätte ja die EVG torpediert, also die Verteidigungsgemeinschaft, der Gemeinsame Markt hätte auch keine Chance. Ich habe mich dann sofort ins Auto gesetzt und bin nach Luxemburg gefahren zu Etzel, der ja, wie soll ich sagen, mein Gewährsmann war in der Konzeptionsfrage, und habe mit ihm, ich glaube 4 Stunden, gesprochen und ihm klar gemacht, daß erstens unsere Konzeption eine wirtschaftlich tragbare und theoretisch vernünftige sei und zweitens die Idee „nur EURATOM“ in Deutschland scheitern würde. Etzel war dann überzeugt, und ist zu Adenauer gefahren und hat ihn beeinflusst, daß ich als Leiter des Ausschusses und als Mitglied der Delegation keine Weisung bekam, die Verhandlungen über den Gemeinsamen Markt zu verzögern. Dann aber kamen die Franzo-

sen noch mit sehr schwerwiegenden Forderungen. Sie wollten die soziale Harmonisierung und sich ein Austrittsrecht vorbehalten. Es kam dann zu einer Außenministerkonferenz im Oktober 1956, bei der die Bundesrepublik durch drei schwergewichtige Männer vertreten war, Erhard, Strauß und von Brentano. Im Quai d'Orsay gibt es Stühle mit goldenen Beinen, und ich hatte immer Angst, es würde irgendwie einen Unfall geben. Es passierte gottlob nichts, aber man einigte sich auch nicht. Es wurde dennoch der Versuch gemacht, einen Kompromiß herbeizuführen. Aber es war nicht zu machen, und man trennte sich. Ich fuhr mit Bundeswirtschaftsminister Erhard mit dem Zug zurück, und er sagte dann zu mir: „Sie haben sich ja nun um die Sache große Mühe gegeben, aber das wird nun nichts. Aber Sie können sicher sein, in meinem Ministerium werden Sie eine gute Stellung behalten. Und er holte aus seinem Schlafwagenschrank ein Glas heraus, nahm eine Flasche Cognac, und dann goß er mir ein großes Glas ein, um mich zu trösten. Wir hatten aber schon telefoniert mit den Adenauer-Mitarbeitern. Es fand dann ein oder zwei Tage später eine Verhandlung bei Adenauer statt, bei der sich Herr Müller-Armack sehr konstruktiv verhalten hat. Der Bundeskanzler wurde gebeten, doch alles zu tun, um mit den Franzosen zu einem Ausgleich zu kommen. Und dann ist eine sehr wichtige Entscheidung erfolgt bzw. eine sehr wichtige Situation eingetreten, als die Franzosen in die Suez-Krise verwickelt waren. Zufälligerweise war das gerade in der Zeit, in der ein Termin zwischen Guy Mollet und Adenauer verabredet war. In Bonn wurde nun gesagt, er sollte doch da jetzt nicht hinfahren. Das würde ja so aussehen, als wenn er das billigen würde. Adenauer hat sich aber in keiner Weise davon abhalten lassen. Er ist nach Paris gefahren und hat mit Guy Mollet gesprochen. Er hat nicht das Suez-Abenteuer gebilligt, aber den Franzosen beweisen wollen, daß die Deutschen nicht nur bei gutem, sondern auch bei schlechtem Wetter bereit sind, zu ihnen zu halten. Das hat einen großen Eindruck gemacht. Gleichzeitig waren die Franzosen sehr schockiert über die Haltung der Amerikaner, ob zu Recht oder zu Unrecht, lasse ich dahin gestellt. Aber sie waren es, und es ist offenbar im November in der französischen Regierung eine Haltungsänderung eingetreten. Mir hat Robert Marjolin Ende November – er war ja nicht in meinem Ausschuß, sondern war stellvertretender Delegati-

onsleiter – gesagt: „Herr von der Groeben, ich kann Ihnen das mitteilen. Sie haben sich ja große Mühe gegeben, die Kompromisse herbeizuführen. Wir werden den Vertrag über den Gemeinsamen Markt auch der französischen Nationalversammlung vorlegen.“ Vorher hatten Karl Carstens und Robert Marjolin mit meiner Unterstützung einen tragbaren Kompromiß über die französischen Forderungen abgeschlossen. Ich konnte dann am 10. Dezember dem Ausschuß unter Vorsitz von Spaak als Vorsitzender des Ausschusses Gemeinsamer Markt sagen: „Wir haben uns über die materiellen und institutionellen Probleme in den meisten Bereichen geeinigt“; offen geblieben waren einige institutionelle Probleme, die Behandlung der früheren Kolonien, einige Zollpositionen und die nähere Ausgestaltung des Kapitels Landwirtschaft. Ich habe den Versuch gemacht, das Kapitel Landwirtschaft möglichst marktwirtschaftlich zu regeln. Das stieß aber auf Widerstand. Und letzten Endes sind dann die Vorschriften im Vertrag ja ziemlich allgemein geblieben: allgemeine Grundsätze und Verfahrensvorschriften, während die eigentliche Landwirtschaftspolitik ja später von Herrn Mansholt nicht immer zu meiner Freude gemacht wurden.

Zu meiner Verwunderung hat Herr Müller-Armack die Meinung vertreten, daß die Wettbewerbsvorschriften, die meiner Ansicht nach Kern des Vertrages sind, nur Absichtserklärungen sein sollten. Die Herkunft dieser Stellungnahme ist dokumentiert, da gibt es einen Vermerk von Herrn Ulrich Meyer-Cording, der damals Europadirigent war. Er hat gesagt, wenn da eine europäische Regelung kommt, dann stört das unsere nationale Kartellpolitik. Außerdem ist es nicht im Sinne des Ministers, der ja jeder institutionellen Festlegung sehr skeptisch gegenüberstand. Alfred Müller-Armack, der immer vermittelt hat, war in meinem Ausschuß Vertreter der Bundesrepublik. Als Ausschußleiter war ich ja zur Neutralität verpflichtet und nicht mehr von Weisungen aus Deutschland abhängig. Es war für mich natürlich sehr schwierig. Die Belgier und die Holländer haben ihre Verwunderung zum Ausdruck gebracht. Das gab mir die Möglichkeit, bei dem Vorschlag an den Ministerausschuß die alte Konzeption – Wettbewerbsregel als europäisches Recht – vorzulegen. In der deutschen Delegation hatte sich das Auswärtige Amt durchgesetzt, denn mein Vorschlag ging glatt über die

Bühne. Diese Regelung ist nachher in den Vertrag aufgenommen worden, so wie wir es konzipiert hatten.

Zur institutionellen Frage darf ich sagen: Erstens das, was später in den Vertrag hineinkam, stand schon im Spaak-Bericht. Wir hatten im Gegensatz zu dem, was im Vertrag der Montanunion steht, ja das Schwergewicht der Entscheidungen in den Ministerrat legen müssen. Das war ja bei der Montanunion eine der großen Schwierigkeiten, daß die Hohe Behörde entschied, und dann sollte der Ministerrat zustimmen. Das klappte eben nicht, weil die Minister natürlich sagten: Wir sind doch die Herren des Geschäftes. Deswegen hatten wir ja diese Konzeption vorgeschlagen, daß die Kommission zuständig sein sollte in denjenigen Fragen, bei denen die Entscheidung absolut notwendig war, also bei Wettbewerbsfragen und verschiedenen anderen Fragen, wo die Kommission mit Mehrheit entscheiden kann, damit keine Verzögerung eintritt. Natürlich ist dann der Gerichtshof die Zweite Instanz. Also eine Legitimation durch das Recht, wenn ich zur Legitimationsdiskussion einen kleinen Beitrag leisten kann. Eins könnte ich vielleicht noch hinzufügen. In meinem Ausschuß war die Verhandlung dadurch sehr erleichtert, daß das Sekretariat – es ist nie herausgekommen, wer das eigentlich war – den Spaak-Bericht in Artikel umgesetzt hatte. Wie wir im Ausschuß Gemeinsamer Markt die Regierungsverhandlungen begannen, hatte ich einen Entwurf von dem, was ich ja selbst mitgestaltet hatte. Dann haben die Juristen das Ganze noch in Form gebracht. So daß wir also konkret sagen konnten z.B. im § 4, Absatz 3 muß es statt „können“ „dürfen“ heißen usw. Aber zur institutionellen Frage noch ein Zusatz. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß wir uns nur mit den materiellen Fragen beschäftigt hätten. Die Autorenschaft für das institutionelle Gesamtsystem muß man im Zusammenhang mit den materiellen Fragen sehen.

Gehler:

Wenn wir von Autorenschaften sprechen: der EWG-Vertrag enthielt ja auch ein Zusatzprotokoll, das den innerdeutschen Handel regelte. Und dieses Zusatzprotokoll hatte eine ganz entscheidende Rolle gespielt im Einigungsprozeß 1990. Darf ich fragen: Auf wen ging eigentlich diese Konzeption zurück, wenn wir gerade bei den Urhebern und den Autoren sind?

von der Groeben:

Carl Friedrich Ophuels.

Gehler:

Damit ist die Frage klar beantwortet.

von der Groeben:

Wir waren vielleicht in meinem Ausschuß, auch ich als Deutscher, ein bißchen zu sehr nach dem Westen ausgerichtet. Ich möchte das keineswegs als Nachteil bezeichnen. Ich gebe ehrlich zu, bei der Fülle der Probleme, die ich bewältigen mußte – ich bin häufig gefragt worden, wie habe ich eigentlich die Kühnheit besessen, mich mit so vielen schwierigen Fragen zu beschäftigen. Die deutsch-deutsche Frage war bei mir im Ausschuß nicht behandelt worden. Die ist erst später im Januar 1957 an meinen Ausschuß zurückverwiesen worden. Wir haben diskutiert, auch Formulierungen vorgeschlagen. Auch die Steuervorschriften sind verhältnismäßig spät in den Entwurf hineingekommen.

Michels:

Wie haben die Partner reagiert, als dieses Ansinnen auf einmal in den Raum gestellt wurde?

von der Groeben:

Zustimmend, im großen und ganzen, da hat man gesagt, die müssen das haben. Genauso wie die Franzosen ihre Regelung haben mußten über die überseeischen Gebiete. Das war ja in Deutschland äußerst umstritten. Man wollte ja eigentlich die überseeischen Gebiete nicht in dem Gemeinsamen Markt haben. Bundeskanzler Adenauer hat mich dann befragt. Ich habe ihm gesagt: Erstens können die Franzosen das ohne eine Regelung nicht machen, und zweitens ist diese auch notwendig, denn die Franzosen sind mit den ehemaligen Kolonien durch Verträge verbunden. Wir müssen regeln, wie soll das im Gemeinsamen Markt aussehen? Im Februar 1957 erst haben dann Adenauer und Guy Mollet eine Regelung gefunden, in der die Deutschen sich bereit erklärt haben, erheblich zu dem Fonds beizutragen.

Gehler:

Darf ich noch einmal wiederholen: Die Partner haben zugestimmt zu dieser Regelung des innerdeutschen Handels, problemlos mehr oder weniger?

von der Groeben:

Natürlich ist darüber diskutiert worden. Wenn ich mich recht entsinne, hat die Frage des Umwegs über dritte Länder eine Rolle gespielt. Ich erinnere mich, daß es darum Diskussionen gegeben hat. Und es sind ja nachher auch Regelungen erfolgt in diesem Protokoll.

Michels:

In wieweit hat der zunehmende ökonomische Aufstieg der Bundesrepublik im Laufe der 50er Jahre auf diese Verhandlungen Einfluß genommen? Hat es die Positionen der anderen Partner verändert? Hat es die Stellung Deutschlands gestärkt? Hat es da Verschiebungen gegeben?

von der Groeben:

Bei meinen Verhandlungspartnern würde ich das nicht sagen, nein. Wenn man später de Gaulles Äußerungen dazu sieht, so kann man sagen, daß bei den Gaullisten natürlich sehr starke Bedenken vorhanden waren. Und das hing natürlich auch, um auf ein anderes Thema zu kommen, von der Frage der Konkurrenzfähigkeit ab. Auch bei Jean Monnet und vor allem bei denjenigen, die dem Gemeinsamen Markt ablehnend oder zögernd gegenüberstanden, spielte die Tatsache, daß sich die deutsche Industrie in einer Expansion befand, eine große Rolle. Man mußte ja auch sagen, daß Deutschland ein großes Kapital an Ingenieuren und gelernten Arbeitern hatte – ich meine, man spricht immer vom Wirtschaftswunder – aber man vergißt dabei zu erwähnen, daß durch die Kriegswirtschaft bei uns in Deutschland eine große Zahl von Menschen lebten, die fachlich hoch qualifiziert waren, die also nur darauf warteten, zu sagen, jetzt fangen wir wieder an. In Frankreich, dessen Wirtschaft ja in der Zwischenkriegszeit stagniert hatte und durch den Krieg sehr stark beeinträchtigt war, bestand eine Abneigung gegen die deutsche Konkurrenz und Sorge, dieser Paroli bieten zu können. Mir ist erzählt worden, daß französische hohe Beamte, bevor der Gemeinsame Markt akzeptiert worden ist bzw. die französische Regie-

rung sich darauf eingelassen hat, gefragt wurden. Da sollen etwa 40 Beamte zusammengewesen sein. Es soll nur ein ziemlich kleiner Teil – es waren nicht sehr viele – gesagt haben: „Ja, darauf können wir uns einlassen“. Das war natürlich die französische Tradition, die Vorstellung, daß man einen großen Gemeinsamen Markt haben würde und der Staat sich weitgehend zurückziehen mußte, das hat sich in Frankreich nur langsam durchgesetzt. Herr Debré, der Finanzminister war, war der Meinung, daß diese Konzeption der Wettbewerbspolitik falsch wäre oder der Staat eben sehr viel mehr Einfluß haben müßte. Später haben die Franzosen die Vorteile des Gemeinsamen Marktes erkannt, so daß diese Stimmen eigentlich verstummt sind.

Gehler:

Wie war es eigentlich möglich, die Römischen Verträge abzuschließen, wenn es so viele Skeptiker und Zweifler gab, wie z.B. Minister Erhard, aber auch bei den Briten?

von der Groeben:

Ich kann mir das eigentlich auch nur so erklären, daß der Minister gemeint hat, aus der Sache würde nichts. Er hat ja, während wir die Vertragsartikel Ende 1956 formulierten, einen umfangreichen Schriftwechsel mit Adenauer und Etzel gehabt, wo er erklärt hat, daß der Gemeinsame Markt mit einem Auto vergleichbar ist, das gleichzeitig bremsen und fahren will. Auch die Engländer, das ist doch vielleicht auch ganz interessant, haben nicht ernsthaft angenommen, daß die Sache zustande käme. Erst als Spaak es ihnen dann in London erzählt hat; Spaak, Baron Snoy, Uri und ich, wir wurden mitgenommen und haben den Engländern erklärt, was in dem Vertrag stand. Damals war gerade der Übergang von Eden zu Macmillan. Ich habe gehört, daß Baron Snoy – er war der belgische Staatssekretär und hatte sehr viel Verwandtschaft in Europa, dann noch mal in London gewesen ist, und da hat ihm Macmillan Vorwürfe gemacht und gesagt: „Wie könnt’ Ihr so etwas machen? Europa spalten usw.“ Da waren die Engländer sich zum ersten Mal darüber im klaren, daß – das war kurz vor Rom, vor der Unterzeichnung – der Gemeinsame Markt kommen würde. Es war eine verhältnismäßig kleine Gruppe. Aber was ich immer wieder sage, wir hätten na-

türlich gar nicht arbeiten können, wenn nicht die allgemeine Meinung so positiv gewesen wäre.

Gehler:

Wir haben uns sehr intensiv mit den 50er Jahren beschäftigt. Ich möchte noch eine Frage zu diesen 50ern stellen, die auf Weichenstellungen abzielt und mit Blick auf die Struktur der EU heute. Am 30. August 1954 hat die französische Nationalversammlung ganz einfach das Thema EVG von der Tagesordnung abgesetzt. Damit verbunden war ja das Konzept der EPG, einer europäischen, politischen Gemeinschaft, die, wenn man sich das ansieht im Detail, weiter ging, als was später in Maastricht unterschrieben wurde, das dann als Europäischer Unionsvertrag Realität wurde. Nun frage ich Sie als Zeitzeugen, hat man diesen 30. August, in dieser Dimension, in dieser weichenstellenden, präjudizierenden Bedeutung damals auch so gesehen? Adenauer hat ja kurzzeitig an Rücktritt gedacht. In Frankreich trat große Erleichterung bei Gaullisten wie Kommunisten ein, die in der Ablehnung der Europaarmee ein Herz und eine Seele waren. Wie würden Sie diesen 30. August in Ihrer Erinnerung einordnen?

von der Groeben:

Da kann ich nur persönlich antworten. Ich habe immer die Idee, vorzeitig eine europäische Verteidigungsgemeinschaft zu machen, für außerordentlich zweifelhaft gehalten. Und zwar, weil ich ja selbst – wie ich kurz erwähnt habe – 2 ½ Jahre Erster Ordonanzoffizier eines Armeestabs gewesen bin und in die generalstabsmäßigen Betrachtungen ziemlich tiefen Einblick haben nehmen können, obgleich ich ja nur Oberleutnant war. Ich habe also auch viele der deutschen Generäle kennengelernt: Südfrankreich war Auffrischungsgebiet und da kamen die Divisionen hin. Mir war klar, daß das für die Franzosen schwierig sein würde, unter deutschem Kommando zu stehen. Zweitens war die Idee einer politischen Union, damals nicht realisierbar, so daß mein Kummer über dieses Scheitern nicht so groß war wie der von Adenauer. Adenauer hat ja geäußert, das wäre der schwärzeste Tag seines Lebens, aber er war nachher ganz glücklich, den unmittelbaren Beitritt in die NATO vollziehen zu können, der ja vernünftiger war als die EVG. Also deswegen waren wir nur nachdenklich und sagten: Wie geht es

weiter? Was machen wir? Und da ich ja ohnehin als Leiter der Schuman-Plan-Abteilung mit den wirtschaftlichen Dingen beschäftigt war, lag nahe, daß man nun die Anstrengungen in diese Richtung gelenkt hat.

Gehler:

Die Frage, Fortschreiten mit Teilintegrationsprojekten oder der „big bang“, diese Frage ist ja noch im Jahre 1956 offen gewesen. Wie und womit ist es Spaak und seinem Expertenteam eigentlich gelungen, die beiden Projekte – Gemeinsamer Markt und EURATOM – miteinander untrennbar zu verknüpfen?

von der Groeben:

Die Idee der Teilintegration spukte ja immer noch herum. Die Franzosen hatten sich ja auch, sogar noch nach Venedig, in einer Diskussion in der Nationalversammlung zunächst nur für EURATOM ausgesprochen, so daß wir also, die wir von EURATOM nicht viel hielten, uns darüber im klaren sein mußten, daß man um EURATOM nicht herumkommen würde. In einem Gespräch mit Strauß, der Atomminister wurde, hatte er die Frage gestellt: „Kann man eigentlich ohne EURATOM auskommen?“ Strauß hat nachher sehr viel dazu beigetragen, daß der EURATOM-Vertrag akzeptabel war. Die Franzosen hätten die Gesamtheit dieser Vorschläge ohne EURATOM wahrscheinlich nicht angenommen. Und umgekehrt habe ich den Franzosen klar gemacht, insbesondere auch Monnet, daß EURATOM alleine in Deutschland nicht akzeptiert worden wäre, so daß diese Verbindung von beiden Seiten als unauflöslich gesehen wurde. Die Franzosen haben sich ja dann auch für den Gemeinsamen Markt ausgesprochen. Donnedieu de Vabres hat in meinem Ausschuß sehr konstruktiv mitgewirkt und sich auch der Vorstellung der Mehrheit des Ausschusses nicht widersetzt, daß die Wettbewerbsregeln geltendes Recht sein müssen.

Gehler:

Die zentrale Figur auf der politischen Ebene war in Westdeutschland Konrad Adenauer. Sie haben ja angedeutet, für die technischen Details und Finanzen war er eigentlich nicht der Mann, sondern er hat für die politische Umsetzung gesorgt und offenkundig war die EWG-Sechser-Lösung ganz in

seinem Interesse. Wie weit, glauben Sie, hat das gleichzeitige Streben nach Souveränität für die Bundesrepublik Deutschland, für Adenauer eine Rolle gespielt hat, denn im Grunde war ja die Bundesrepublik Deutschland in einer Situation, auf Souveränität zu verzichten, ohne sie überhaupt gehabt zu haben, während andere Staaten formal diese Souveränität hatten. Wie weit ist das von den anderen Fünfen wahrgenommen worden, daß die Bundesrepublik Deutschland hier Mitspracherecht und Gleichberechtigung haben wollte, um in einen Club zu kommen, wo sie ohne derartige Verzichtleistung als gleichberechtigter Partner fungieren würde?

von der Groeben:

Es ist interessant zu beobachten, daß in den Verhandlungen über den EWG-Vertrag, sowohl was die Sprachenfrage anlangt, als auch die Frage, welche Personen dort eine Rolle gespielt haben, die Dinge sich bereits gewandelt haben gegenüber dem Montanvertrag, wo die Franzosen durch Monnet diejenigen waren, die die Flöte bliesen. Spaak hatte Uri und mir die Architektur der EWG übertragen und vorgeschlagen, daß ich Vorsitzender des entscheidenden Ausschusses sein sollte, also des Ausschusses Gemeinsamer Markt. Dadurch kam zum Ausdruck, daß die Gleichberechtigungsfrage – anders als im Montan-Vertrag und bei den EVG-Verhandlungen – keine Rolle mehr gespielt hat. Die Verhandlungspartner haben sich sehr anständig verhalten. Man hat uns nicht vorgehalten, daß wir ein „Schwarzes Schaf“ seien nach dem Motto „Ihr müßt froh sein, daß Ihr dabei sein könnt.“ Das hat also keine Rolle gespielt. Das wäre auch mit mir nicht zu machen gewesen. Ich hätte dann gesagt: „Bitteschön, wenn Ihr das gerne wollt, dann macht das, aber bitte ohne mich.“

Gehler:

Das wäre auch wohl mit dem Geist dieser Vertragswerke schwer vereinbar. Was hat Ihrer Ansicht nach zu diesem interessanten Wandel geführt in den Jahren 1950-1954, wo Diskriminierung noch eine große Rolle gespielt hat, nur EVG als Stichwort, und in den Jahren 1955, 1956, 1957, 1958 löst sich das scheinbar in Wohlgefallen auf? Wie ist dieser Paradigmenwandel historisch zu erklären?

von der Groeben:

Das ist eine gute Frage, aber schwer zu beantworten. Man kann ja nicht sagen, daß das schon in Frankreich eine allgemeine Meinung gewesen wäre. Wenn Sie die Gaullisten ansehen, so waren sie doch zumindest zurückhaltend. Wenn ich mich entsinne an die vielen Verhandlungen und Gespräche, die in diesen Jahren 1955, 1956, 1957 stattfanden, da hatte man Gelegenheit, mit den Menschen zusammen zu kommen. Also bei den Vertragsjuristen war eine bißchen kältere Atmosphäre, soweit ich das bei der Redaktion nachher mitgemacht habe. Da war diese freundschaftliche Atmosphäre, wie sie in meinem Ausschuß herrschte, weniger gegeben.

Die Verteidigungsgemeinschaft war gescheitert. Dafür war aber Deutschland in die NATO eingetreten. Die Souveränität war, bis auf wenige Ausnahmen, wiederhergestellt, so daß man in diesen Jahren die Vorstellung hatte, da könnte man sehr gut mitmachen und mitgestalten.

Gehler:

Das ist eine nachvollziehbare Antwort, wenn Sie sagen, es gab so etwas wie eine Gruppendynamik und einen Prozeß, sich immer näher kennenzulernen, sich persönlich näherzukommen und über biographische und kulturelle Hintergründe mehr zu wissen. Wie weit, glauben Sie, hat die deutsche Frage, das Thema Wiedervereinigung und Einheit, eingewirkt? Bis 1955 war diese Frage ja offen, aber mit Genf, der Gipfelkonferenz und der Außenministerkonferenz, wurde ja augenscheinlich, das wird sich nun auf eine Teilstaatslösung zu bewegen. Und damit war ja auch 1956, 1957, 1958 klar, es gibt wenn dann nur eine Integration von Westdeutschland. Und damit war ja auch die deutsche Frage zumindest vorläufig gelöst. Hat das den Formationsprozeß – von EWG und EURATOM – begünstigt, bzw. politische Ängste gegenüber Deutschland abgeschwächt? Die deutsche Frage war „politisch gegessen“. Hat das möglicherweise den Verhandlungsprozeß erleichtert, abgesehen von den persönlichen Beziehungen in den Ausschüssen, die sich intensiviert haben?

von der Groeben:

Wenn man die Menschen, mit denen ich mich zusammengefunden habe, mit denen ich zusammengearbeitet habe, Spaak und Uri und andere sowie die Delegationsleiter betrachtet, so glaube ich, daß sie ganz zufrieden waren, es nur mit dem westlichen Deutschland zu tun zu haben. Die Idee, daß Deutschland wiedervereint, neutralisiert würde und dann seine außenpolitischen Optionen hätte wählen können, eine Neutralisierung jedenfalls, wäre nicht gerne gesehen worden. Ich kann natürlich nicht für die Hohe Politik sprechen, aber darüber, wie das Klima war. Gerade meine Haltung, der ich, wie die Kollegen ja wußten, aus Ostpreußen stamme und nicht der katholischen „Karl-der-Große“-Konzeption verhaftet war, daß ich mich nun so stark einsetzte, hat bei den Kollegen sicher gewirkt. Die Überlegungen, die Adenauer anstellte, wonach die Westintegration die Voraussetzung dafür sein würde, daß einmal, wenn das kommunistische System sich auflockern oder womöglich verschwinden würde, die Wiedervereinigung möglich sein würde, das hat wohl bei den Ausschußmitgliedern keiner ins Spiel gebracht und auch nicht in die Überlegungen mit eingebracht.

Spaak war kein Mensch, der eine besondere Liebe zu Deutschland hatte. Er hat ja sehr nett über mich geschrieben. Ich habe natürlich häufig Gelegenheit gehabt zu hören, was er meinte. Er war eben der Auffassung, daß man Deutschland unter allen Umständen dabei haben mußte. Erstens, damit Deutschland eingegliedert wäre in die westliche Welt und zweitens natürlich wegen seines Potentials. Wie er nun zu der Frage der Wiederbewaffnung stand, ich nehme an, daß er das auch bejaht hat.

Gehler:

Er war ja NATO-Generalsekretär.

von der Groeben:

Also Spaak hat eigentlich nie gezweifelt – aber ich muß doch etwas einschränken – erstens ließ er mich kommen und sagte mir: „Also hören Sie, Herr von der Groeben, ich höre, daß in Ihrem Ausschuß sehr viel geredet wird, aber da kommt ja gar nichts bei raus.“ Ich sagte: „So, wie meinen Sie denn das?“ Da sagte er: „Ich glaube, Sie müssen das Verfahren ändern. Ich

werde Ihnen Sachverständige zuordnen.“ Unter anderem hat er Uri genannt, der vielleicht auch im Hintergrund dieser Initiative von Spaak stand, weil er sich etwas stärker einschalten wollte. „Arbeiten Sie mit den Sachverständigen den Bericht aus; ich werde dann den Regierungen sagen, nehmt das an oder nicht“. Da habe ich ihm gesagt: „Das mag vielleicht ein sehr gutes Verfahren sein, aber bitte ohne mich.“ Da war er etwas ärgerlich. Ich sagte: „Wir haben eine erste Lesung gemacht. Ich weiß jetzt, wie weit die Regierungen gehen können. Das habe ich ausgelotet, und jetzt will ich sehen, daß wir die Kompromisse machen.“ Im Grunde wollte Spaak die Engländer mit dabei haben. Und er war wohl auch sehr enttäuscht, daß das nicht klappte. Er hat dann allerdings den Engländern schon vor dem Spaak-Bericht klar gesagt: „Entweder macht Ihr mit in der Zollunion oder das ist nicht möglich. Ich mache also nicht eine Wischi-Waschi-Geschichte.“ Die Engländer waren der Meinung, daß der gemeinsame Markt nicht klappen würde. Die Franzosen haben zum Teil die Engländer in dem Glauben gelassen – da waren ein paar alte Botschafter, die sehr eng mit den Engländern verbunden waren und die wohl den Engländern gesagt haben: „Also keine Sorge, das wird wohl nichts werden.“

Gehler:

Sie haben en passant erwähnt, das schien eine wichtige Bemerkung, daß es auch Mitglieder jüdischer Herkunft gegeben hat bei den Experten. Sie haben das erwähnt, was doch bemerkenswert ist, mit Blick auf die schon aufgeworfene Frage des Mißtrauens, das es gegenüber den Deutschen gegeben hat. Was glauben Sie hat die Vergangenheit – NS-Zeit – atmosphärisch für eine Rolle gespielt? Wie war das Verhältnis zwischen Deutschen und Fachleuten jüdischer Herkunft? Wie ist man damit umgegangen, mit diesem Thema, dem Holocaust, der ja in den 50er Jahren noch eine andere Dimension der Wahrnehmung hatte. Das ist sehr spannend und faszinierend, daß es hier auf dieser Ebene ein Einvernehmen und ein Zusammenarbeiten gab. Wie haben Sie das in Erinnerung?

von der Groeben:

Es war, so wie Sie es geschildert haben, daß offenbar diese Männer auch in Kenntnis der Vergangenheit uns, die wir mit ihnen verhandelt haben, zuge-

billigt haben, daß wir das ebenso schrecklich finden wie Sie, vielleicht noch schrecklicher, weil unser Volk daran beteiligt war, und daß wir bereit waren, nun einen Neuanfang zu machen. Nicht nur unter demokratischen Aspekten, sondern auch unter Aspekten der Menschenwürde und der Achtung vor Herkunft, Geburt usw. Mit Uri war das überhaupt kein Problem, ich meine, persönlich. Und Robert Rothschild war auch immer sehr, sehr freundlich, er war ja Kabinettschef von Spaak. Ich glaube, wir wollten diese Zusammenarbeit – das galt ja damals für die Verteidigungsgemeinschaft auch – aus dem Grunde, daß nie wieder so etwas passiert wie das, was unter den Nazis geschehen ist. Nun ist zuzugeben, daß die ganze Ungeheuerlichkeit dessen, was im Osten geschehen ist, mir auch nur nach und nach klar geworden ist. Und wie viele Menschen auch daran beteiligt waren. Ich bin nicht der Meinung, daß die Wehrmachtsausstellung, die alte, besonders glücklich war. Meiner Ansicht nach hätte man beide Seiten zeigen müssen. Denn es ist kein Zweifel, daß auf dem Konto derjenigen, die nachher Vergeltung geübt haben, auch sehr schlimme Dinge geschehen sind. Die ganze Ungeheuerlichkeit der Verstrickung habe ich auch – ich bin ja nun in Frankreich gewesen – erst später erfahren. Und wenn man selbst das erfahren hätte, dann weiß man gar nicht, was man hätte machen sollen. Axel von dem Bussche wurde Zeuge solcher Untaten, ohne sie verhindern zu können; er hat sich daraufhin bereit erklärt, den Urheber dieser Verbrechen, Adolf Hitler, zu töten, was fehlgeschlagen ist, wie auch andere Attentatsversuche. Hitler sprach von der „Vorsehung“, die ihn beschützt habe.

Gehler:

Als Historiker sollte man an sich nicht Fragen stellen, was wäre gewesen wenn. Weil man das als Historiker auch nicht empirisch belegen kann. Dennoch stellt sich die Frage mit Blick auf den heutigen höchst sensibilisierten Vergangenheitsdiskurs. Hätte es eigentlich überhaupt die Chance gegeben, so ein Vertragswerk abzuschließen, wenn man in dieser Form, 1957, eine europaweite Wehrmachtsdebatte geführt hätte? War das Verdrängen auch ein notwendiger und politischer Akt, um die Voraussetzung zu schaffen, um die Vertragswerke, die in den 50er Jahren ja in Gang gesetzt wurden, überhaupt zu bewerkstelligen?

von der Groeben:

Ja, ich verstehe. Aber diese Frage ist schwer zu beantworten. Bei uns stand die Zukunft so stark im Vordergrund, daß wir immer nach Leuten gesucht haben, die mitmachen. Und daß wir diejenigen, die sagten: Ach Gott, das geht nicht und wir müssen das alles anders machen – daß wir denen natürlich nicht zugearbeitet haben. Ich kann nur sagen, was mich beeinflußt hat. Daß das Nachdenken über die Vergangenheit notwendig ist und man sie auch im Gedächtnis behalten muß, ist klar. Bei aller Kenntnis und bei allem Abscheu vor den Untaten war unsere Stimmung eine Aufbruchsstimmung. Das stand stark im Vordergrund. Und natürlich auch über Weimar hinaus, gab es die Erkenntnis, daß diese kleinen Länder Europas alleine in der neuen Welt nicht bestehen konnten, auch im großen Umfange durch den Gegensatz Amerika-Rußland bedingt, der ja damals begann. Die Vorstellung, daß sich dieses Europa auf der Basis des Christentums und der griechisch-römischen Tradition und der Aufklärung entwickelt hat und das es so gesehen unter dem Gesichtspunkt der Würde des einzelnen Menschen eben doch einzigartig in der Welt ist.

Gehler:

Welche Rolle hat eigentlich Hallstein als erster Kommissionspräsident gespielt?

von der Groeben:

Wir hatten eine freundschaftliche Zusammenarbeit, die sich übrigens in der Kommission nachher fortgesetzt hat unter seiner sehr klugen und behutsamen Direktion. Hallstein hat es bei allem seinem Selbstbewußtsein doch sehr verstanden, uns Freiheiten zu lassen in der Politik. In seinem Buch kommt das nicht so stark zum Ausdruck. Aber in der Praxis, z.B. in der Wettbewerbspolitik, bei der Steuerharmonisierung, der Rechtsangleichung, der Regionalpolitik hat er dem zuständigen Kommissar die Freiheit gelassen. Ich habe mich auch mit Leuten wie Mansholt oder Rey gut verstanden. Ich meine, eine wirkliche Freundschaft entwickelt sich ja in so hohen Lebensjahren im allgemeinen doch nur sehr selten, es war eine gute Kameradschaft. Schwierig wurde es nachher in der Kommission, als die Auseinan-

dersetzung mit de Gaulle kam, wo denn auch die Frage auftauchte, soll Hallstein als Kommissionspräsident noch einmal verlängert werden oder nicht. Da entstanden leider Unsicherheiten, aber die wurden dann durch Rey bereinigt, er hat eigentlich das fortgesetzt, was Hallstein gemacht hat, er war sehr tolerant und hat gleichzeitig als Präsident die Kommission sehr gut zu vertreten.

Gehler:

Vielleicht noch zwei Fragen zu den 50er, um dann zu den 60er Jahren vorzustoßen. Die deutsch-deutsche Frage ist ja schon angesprochen worden, und das war ja auch seinerzeit innenpolitisch nicht unumstritten. Wie verhält sich die Integration und deutsche Einheit zueinander sowohl als auch oder entweder-oder? Meine Frage lautet: War diese Problematik Westintegration und die Frage ihrer Vereinbarkeit mit dem Anspruch auf die deutsche Einheit den Akteuren, den Experten damals während der Verhandlungen präsent? Hat diese Frage eine Rolle gespielt? Und wurden diese Ziele auch gleichermaßen angestrebt?

von der Groeben:

Ich kann natürlich nur von mir sprechen. Ich stamme ja aus Ostpreußen. Und habe durch den russischen Einmarsch ganz nahe Verwandte verloren, die umgebracht worden sind. Ein Ausgleich im Wege der 1952 gemachten Vorschläge zur Neutralisierung war für mich gleichzusetzen mit der Gefahr, daß Deutschland kommunistisch und wahrscheinlich Europa kommunistisch werden würde. Wir hatten ja die Situation in der Tschechei erlebt, wo eine gemischte Regierung vorhanden war, die Kommunisten mit einer Minderheit die Macht ergriffen hatten, 1948. Und wir, meine Freunde und ich, waren der Auffassung, daß man das nicht riskieren dürfte. In diesem Urteil fühlte ich mich durch ein Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer bestätigt, als ich Mitglied der EWG-Kommission wurde und ihm einen Antrittsbesuch machte. Da hat er sich sehr Zeit genommen und mir gesagt: „Ich weiß, daß Sie aus dem Osten stammen, und ich kann Ihnen versichern, daß alles das, was erzählt wird, daß ich also nur für den Westen bin, daß das nicht stimmt, sondern ich kann Ihnen sagen: Eine Chance für die Wiedervereinigung gibt es nur, wenn wir fest mit dem Westen verbunden sind,

wenn die Amerikaner hinter uns stehen. Und eines Tages wird das kommunistische System zusammenbrechen.“ Ob er es so formuliert hat, kann ich nicht mehr sagen. Mir war klar, daß das kommunistische System nicht auf die Dauer bestehen würde. Er hat dann zum Schluß auch noch gesagt: „Also, wissen Sie, was Ihre Heimat anlangt, so wird man sagen müssen, daß sie durch die Hitleruntaten und seine Verbrechen als deutsches Gebiet verloren ist. Aber wenn wir Europa machen, werden ja eines Tages auch die Länder, die der europäischen Kultur angehören und heute unter kommunistischer Herrschaft stehen, die werden ja einmal dazu gehören, da werden sich ja auch völlig andere, ausgleichende Verhältnisse ergeben.“ Ich muß leider sagen, daß meine Verwandtschaft aus dem Osten Adenauer immer unterstellt, daß er eigentlich nur nach dem Westen gesehen habe. Ich habe auch z.B. der Gräfin Dönhoff, die in dieser Beziehung eine Wortführerin war, die Chefredakteurin der ZEIT, immer wieder gesagt: Gräfin, das stimmt nicht. Ich kann Ihnen nur aus einer ziemlich langen Zeit, in der ich ja in der Nähe von Adenauer und unter seiner Führung gearbeitet habe, sagen, daß er für die gesamtdeutsche Entwicklung große Sympathien hatte. In der CDU wird man sagen können, daß überwiegend diese Meinung geteilt wurde. Die FDP, die damals von Herrn Wolfgang Döring und Herrn Robert Margulies beeinflußt war, die haben sich ja klar gegen die Verträge, also auch gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ausgesprochen. Margulies ist ja dann merkwürdigerweise Kommissar für EURATOM geworden, was ich nicht für eine glückliche Lösung gehalten habe. Und die SPD war ja sehr zurückhaltend, weil ja in der SPD noch sehr viele Leute waren, die das EWG-Konzept für kapitalistisch erklärten. Es kann ja nicht geleugnet werden, daß es zwar nicht kapitalistisch, aber marktwirtschaftlich ist. Aber es hat sich dann unter der Führung von Heinrich Deist und Karl Mommer – beide leben nicht mehr – in der Sozialdemokratischen Partei eine positivere Beurteilung durchgesetzt, wobei Deist und Mommer sehr geschickt die wirtschaftlichen Vorteile, die ein Gemeinsamer Markt mit sich bringt, und die politischen Aspekte in den Vordergrund gestellt haben, um diese Vorwürfe wegen des Kapitalismus abzuschwächen. In der FDP hat auch die Wiedervereinigungsfrage eine große Rolle gespielt. Und die FDP hat immer wieder gesagt: Das wird die Wiedervereinigung ausschlie-

ßen oder zur endgültigen Spaltung führen. Ich meine, damals konnte man das natürlich nicht mit Fakten widerlegen.

Gehler:

Es gibt eine streng geheime Aufzeichnung vom Dezember 1955 im Foreign Office, da ist deutschlandpolitisch alles gelaufen gewesen – die Genfer Gipfelkonferenz brachte kein Ergebnis in der deutschen Einheit. Auch die Außenminister-Konferenz brachte kein Ergebnis. Und die Briten haben sich überlegt, ob man nicht in der Frage der Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems aus taktischen Gründen den Russen gegenüber flexibler sein müßte. Adenauer hat damals über seinen Botschafter von Herwarth deponieren lassen, selbst wenn es aus freien Wahlen eine gesamtdeutsche, handlungsfreie Regierung geben würde, die die Option, über die zukünftige sicherheitspolitische Handlungsfreiheit hätte, ist er dagegen, weil er den Deutschen nicht traue. Das ist eine Sache, die streng geheim behandelt werden muß. Wenn das an die Öffentlichkeit kommt, müsse er zurücktreten. Wenn er mal von der politischen Bühne abtreten würde, würden die Deutschen wieder einen Deal mit den Russen eingehen und, bitte, das strikt geheimzuhalten, denn das wäre das Ende seiner Karriere. Dieses Dokument ist 1986 publiziert worden und hat einiges Aufsehen erregt und zu Verhärtungen der Positionen der Historiker geführt. Welche Priorität gab es für Adenauer? Offensichtlich, nach diesem Dokument zu schließen, war es ein Kontinuitätsbeleg seiner forcierten Westintegrationspolitik. Und offensichtlich ist die These, daß er beide Ziele gleichsam gleichzeitig vertreten hat, Westintegration und aktive Einheitspolitik, so nicht haltbar, jedenfalls nicht für das Jahr 1955 und die Zeit vorher.

von der Groeben:

Diese Auffassung kann ich nicht teilen. Auch meine Freunde und ich, wir sind dagegen gewesen, mit den kommunistischen Russen eine Vereinbarung über eine Neutralisierung Deutschlands zu treffen. Es gab natürlich bei uns auch ganz andere Meinungen. Denken Sie z.B. an Jakob Kaiser und seinen Mitarbeiter Ludwig von Hammerstein, mit dem ich später häufig gesprochen habe, die ganz anderer Meinung waren, die der Meinung waren, das nationale Interesse gehe vor. „Wir müssen den Versuch machen,

mit den Kommunisten zusammen eine Regelung zu finden, die außerdem – das spielte natürlich auch bei der SPD eine gewisse Rolle – die Lücken oder die Nachteile des Kapitalismus ausgleicht und in eine, wie soll ich sagen, mehr staatswirtschaftliche Form bringt – das müssen wir versuchen.“ Wir anderen wußten, was von den Kommunisten zu erwarten war. Wir waren eben anderer Meinung. Adenauer war, das möchte ich doch noch einmal herausstellen, er hat in diesem Gespräch mit mir gesagt, meine Politik ist Voraussetzung für die Wiedervereinigung in Freiheit. Das ist ganz klar, er hat recht behalten.

Gehler:

Sie haben ja schon den Aspekt der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus angesprochen. Eine letzte Frage zu den 50ern. Sie haben das auch schon angedeutet mit der Suez-Krise. Im Jahr 1956 gab es die Ungarn-Krise mit zwei Interventionen der Roten Armee in Budapest. Dieses Mehrebenensystem zwischen Experten, Diplomaten und Politikern haben Sie ja vorher schon eindrucksvoll geschildert, wie teilweise die Experten an den Diplomaten etwas vorbei und diese wiederum an der Politik etwas vorbei, die Formation der Gemeinschaft herbeigeführt haben. Als Zeitzeuge wie Historiker läuft man immer Gefahr, die Dinge zu sehr aus sich selbst heraus zu sehen, wie weit haben externe Aspekte – Ungarn, Suez – Katalysatorfunktion gehabt für die Gründung der EWG? Wie weit haben auch sozusagen die Sowjets als negative Förderatoren gleichsam von außen diesen Prozeß begünstigt?

von der Groeben:

Sie wollen ja nicht von mir Meinungen hören, sondern das, was ich erlebt habe. Und da wird man einen Unterschied machen müssen zwischen denen, die für die Allgemeine Außenpolitik verantwortlich waren oder auch die Allgemeine Politik, also die Bundesregierung, und der Gruppe, die in Brüssel verhandelt hat. Man muß sich darüber im klaren sein, ich habe das ja schon angedeutet, da gab es ein ungeheures Konvolut von Problemen, und auch meine Mitstreiter in dem Ausschuß waren ja voll damit ausgefüllt. Wir haben natürlich die politische Entwicklung wahrgenommen. Bestimmt hat mich das nicht davon abgehalten, die Integration weiter zu betreiben,

aber ob sie nun einen sehr starken Impetus für die, die da handelten, bedeuteten – für Adenauer hat sie eine beflügelnde Rolle gespielt. Was Sie da sagen, ist sehr interessant und liegt ganz in der Linie. Er hat in dieser Beziehung nie gezögert. Man muß sich darüber im klaren sein, ich sehe jetzt mal von der Nazi-Zeit ab, daß immer ein gewisser Unterschied oder Gegensatz – ist vielleicht zuviel gesagt – zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland bestanden hat. Das hängt auch mit der Religion zusammen und damit, daß die Teile des Ruhrgebiets und die Erzbistümer Köln und Trier erst nach dem Wiener Kongreß zu Preußen gekommen sind, daß Preußen, auch Leute aus meiner Verwandtschaft, vom ost- oder westpreußischen oder brandenburgischen Adel als protestantische Regierungspräsidenten oder Oberpräsidenten dort eingesetzt wurden, so daß die Liebe – wenn ich so sagen darf – sich in Grenzen hielt. Ich spreche jetzt nicht vom Volk, da sind die Bayern und die Ostpreußen, die sind verschieden, das soll auch so bleiben. Aber ich spreche von den Leuten, die die Politik in der Hand haben. Da war also ein gewisses Ressentiment zurückgeblieben auch heute noch. Für Adenauer, der ein großer Politiker und auch ein großartiger Mensch war, ist das, glaube ich, weniger der Fall gewesen; aber das Klima ist davon nicht unberührt geblieben.

Höreth:

Ich würde gerne wissen, ob Sie damals in Ihrer wichtigen Ausschußarbeit Mitte der 50er Jahre den Eindruck hatten, von den nationalen Öffentlichkeiten unter Beobachtung zu stehen oder hatten Sie eher das Gefühl einer gewissen Unabhängigkeit? Und wenn das der Fall war, hat Ihnen das bei der Arbeit geholfen oder?

von der Groeben:

Sie kennen ja wahrscheinlich das System der französischen Hohen Schulen. Wir unsererseits fühlten uns der in der Weimarer Republik entwickelten Tradition und Haltung der Ministerialbürokratie verpflichtet; wir fühlten uns der Sache verpflichtet, waren aber vielleicht etwas zu selbstbewußt. Ja, selbstbewußter als man heute sein kann, denn damals nahmen die Politiker das als gegeben hin. Wenn ich als Ministerialdirigent – also kein sehr hoher Rang, da gab es ja noch einen Direktor und einen Staatssekretär –

dem Minister sagte: Also, Herr Minister, so geht das nicht. Dann wurde das nicht als Unverschämtheit betrachtet, sondern es wurde diskutiert. Das ist heute natürlich anders. Heute ist die parteipolitische Einflußnahme groß auch auf die Beamtenschaft Also wenn Sie jetzt fragen, wie unabhängig oder wie abhängig ich war: Wir fühlten uns in unserer Stellung verantwortlich für die Sache, die uns anvertraut war. Wir waren der Meinung, der Minister und auch der Staatssekretär wären durch ihre Stellung verpflichtet, unseren Rat zu hören und in ihre Überlegungen einzubeziehen. Und so ist es also erklärlich – Sie fragen danach und ich will das auch beantworten – daß ich also unabhängig davon, was in der Abteilung 1 oder auch beim Staatssekretär oder auch beim Minister für richtig oder falsch gehalten wurde, die Konzeption, die wir entwickelt haben und die in Eicherscheid von den Ministern Erhard und Brentano gebilligt worden war, weiter vertreten habe. Wobei ich allerdings niemals eine gegenteilige Weisung bekam. Das wäre natürlich schlecht gewesen, wenn der Minister gesagt hätte, also hören Sie nun auf mit Ihren Versuchen, das paßt mir nicht. Da wäre ich natürlich in eine schwierige Lage gekommen. Ich habe auch nicht erfahren, daß er mit den anderen Ministern korrespondiert und gesagt hat, daß was wir da in Brüssel machten, das wäre nicht richtig. Aber er hat mir das nie gesagt. Im Gegenteil: Er war immer sehr nett, wenn er mich traf oder ich bei ihm war. Also das ist heute wahrscheinlich schwer zu verstehen, wie das damals abgelaufen ist; nur aus dem Wechsel des politischen Klimas. In diesen ersten Jahren – ob das gut oder falsch ist, das lasse ich ja dahingestellt – in den ersten Jahren der Bundesrepublik war der Einfluß der politischen Beamten sehr beträchtlich. Wir fühlten uns als Ministerialräte, Ministerialdirigenten und Ministerialdirektoren als Führungspersonal.

Höreth:

Herr von der Groeben, wie oft sind Sie in dieser Zeit, wenn Sie zu Hause waren, gefragt worden, was machen Sie da eigentlich in Brüssel? Von Bekannten, von Freunden, von Journalisten, die Sie kennen?

von der Groeben:

Es gab Journalisten, da gab es doch einige, die uns immer begleitet haben. Z.B. von der WELT, von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Die waren wahrscheinlich genauso in ihrem Milieu seltene Leute wie wir.

Gehler:

Parallel zu dieser Finalisierung der Römischen Verträge lief ja schon das Projekt einer großen Freihandelszone, das die Briten mit dem sogenannten Maudling-Komitee als Alternative zu konzipieren versucht haben. Wie ernst, wie seriös ist das eigentlich genommen worden innerhalb des Kern-europa-Prozesses?

von der Groeben:

Bundeswirtschaftsminister Erhard nahm das sehr ernst. Und er hat Reginald Maudling, wenn ich mich recht entsinne, auch immer in den Gremien der OEEC, hieß es ja damals noch, unterstützt. Wenn man an Stelle des Gemeinsamen Marktes eine Freihandelszone mit den Engländern hätte setzen sollen, hätte man niemals die Zustimmung der Franzosen bekommen. Über das Projekt konnte man streiten, was richtig war. Und wir stehen ja heute wieder vor ähnlichen Fragen. Wenn die Osterweiterung kommt, werden die Weichen mehr in die Richtung einer Freihandelszone gestellt. Daß die Ostländer innerhalb weniger Jahre den Unions-Vertrag ausführen können, ist ja nicht sehr wahrscheinlich. Es ist richtig, daß sie eines Tages aufgenommen werden, aber man muß sich darüber im klaren sein, daß die Art und Weise, wie das jetzt geplant ist, zu einer entscheidenden Veränderung des Systems der EU führen wird. Es könnte ja sein, daß sich der Konvent darüber klar wird, welche Probleme im Inneren der Gemeinschaft entstehen.

Gehler:

Soweit ich das Projekt der großen Freihandelszone verstanden habe, hat dieses ja in der Zeit nach Inkrafttreten der Römischen Verträge im Januar 1958 bis zu de Gaulles definitiver Ablehnung im November 1958 noch bestanden. Und so weit ich weiß, hat Erhard intern zu verstehen gegeben, er hat seine Zustimmung zu den Römischen Verträgen eigentlich nur unter

der Voraussetzung gegeben, daß eine Große Freihandelszone damit nicht ausgeschlossen sei und sie möglicherweise die EWG überwölben könnte. Also nicht ein Entweder-Oder, sondern ein Sowohl-Als-Auch.

von der Groeben:

Man muß zwei Sachen unterscheiden. Erstens, worüber wir eben gesprochen haben. Eine große Freihandelszone wäre wahrscheinlich wegen der Franzosen nie geglückt. Ich bin persönlich der Meinung, daß die Vorstellung, eine Freihandelszone wäre weniger dirigistisch, eine absolute Legende ist. Die Freihandelszone erfordert Ursprungszeugnisse. Wie wollen Sie denn einen Freiverkehr in einer Freihandelszone mit völlig unterschiedlichen Außenzöllen herbeiführen – da muß es Ursprungszeugnisse an der Grenze geben. Damit ist der Manipulation jeder Nationalregierung, wenn sie unterentwickelt oder weniger entwickelt ist, Tür und Tor geöffnet. Das werden wir ja wahrscheinlich erleben. Es ist also versucht worden, den Gemeinsamen Markt als Ganzes mit eine Freihandelszone zu verbinden. Ich habe da in Ihrem Lande einen Besuch gemacht bei Bruno Pittermann (SPÖ) und Fritz Bock (ÖVP). Das war in den 60er Jahren. Bock war dafür, wollte an sich lieber beitreten. Aber wenn es nicht einen Beitritt geben würde, wäre er auch bereit gewesen, eine Freihandelszone mit der EWG zu bilden. Darüber ist ja dann sehr intensiv verhandelt worden. Die Engländer machten ein Zugeständnis nach dem anderen. Welche Rolle spielt das Commonwealth in einer solchen Freihandelszone? Also Hallstein und auch mein damaliger Kabinettschef Ernst Albrecht haben sich ja sehr große Mühe gegeben, auch Deniau von den Franzosen. Dann hat aber de Gaulle eines Tages gesagt: Nein! Was ihn da getrieben hat, ich nehme an, Politik, daß er weniger die wirtschaftliche Sache gesehen hat. Er wollte die Engländer nicht dabei haben. Seine Vorstellung war, daß Frankreich eine maßgebende Rolle auf dem Kontinent zu spielen habe, und die Engländer dafür nicht die richtigen Partner wären. Ob das gegangen wäre mit der Freihandelszone, darüber gehen die Meinungen auseinander. Hallstein hat ja eine Erklärung abgegeben vor dem Europäischen Parlament, in der er gesagt hat, wir wären sehr viel weiter gewesen. Ich habe in meinem Buch geschrieben, daß die Engländer ja sehr lange gezögert haben mit den Konzessionen, die sie gemacht haben. Dadurch natürlich haben sie den Franzosen

immer wieder Material gegeben, „Non“ zu sagen. Macmillan hat sich ja dann entschlossen, den Beitrittsantrag zu stellen, aber den hat de Gaulle dann auch blockiert.

Gehler:

Sie waren von 1958-1967 Mitglied der EWG-Kommission, im Anschluß dann der EG-Kommission. Wir sollten den Versuch starten, in die 60er vorzudringen. Es waren Jahre der inneren und äußeren Krise in der Europäischen Gemeinschaft EWG-EG. Wie wir wissen fanden in dieser Zeit keine Neuaufnahmen statt. Es interessiert den Outsider, den Angehörigen einer Non-Six-Nation: Gab es in dieser Zeit aufgrund Ihrer Erfahrung in der Kommission realistisch gesehen Chancen auf eine Erweiterung der Gemeinschaft? Es gab Assoziationsanträge etc. Auch Mitgliedschaften sind diskutiert worden. Gab es substantielle Chancen aus der Sicht der Kommission? Ich meine jetzt England, Dänemark, Irland, Norwegen, Österreich und Schweden. Wie war hierzu die Haltung in der Kommission?

von der Groeben:

Also für alle kann ich nicht sprechen, aber für Hallstein und mich. Hallstein und ich waren eigentlich der Auffassung, man sollte zunächst die Sechser-Integration konsolidieren und politisch weiter entwickeln. Wir waren uns darüber im klaren, daß der Beitritt von Großbritannien große Schwierigkeiten machen würde. Eden hat einmal gesagt: „Wir fühlen es in unseren Knochen, daß wir diese Sache nicht mitmachen können.“ Das war die Montanunion. Monnet war der Meinung, wenn England beitreten würde, würde es politisch weitergehen. Ich habe immer gesagt: „Herr Präsident, mit wem haben Sie gesprochen?“ Ja, mit den Finanzleuten, mit den Bankern usw. Ich sagte: „Haben Sie auch mit den Leuten aus den alten Familien gesprochen, die in England ja immerhin auch im Civil Service eine Rolle spielen?“ Es ist eben für die Engländer schwierig gewesen. Das Empire ist zusammengefallen, das Commonwealth brach auch auseinander, die englisch-amerikanischen Beziehungen sind nicht mehr so besonders bevorzugt gewesen, und dann sollen sie auch noch Weisungen aus Brüssel annehmen. Das war für die politisch führende Schicht und die Beamten sehr schwierig und ist ja auch heute noch so. Das war uns, Hallstein und mir, völlig klar.

Wir waren deswegen der Meinung, man sollte stufenweise vorgehen – also das ist jetzt rein theoretisch, was ich sage, denn es ist ja anders gekommen – d.h. zunächst assoziieren. Ich bin auch heute noch der Meinung, daß es vernünftig wäre, einen Kern zu bilden, der politisch ist. Dann darum einen Kreis von Ländern, die wirtschaftlich interessiert sind, in einem Gemeinsamen Markt. Die Beitrittskandidaten, die in den zweiten oder auch in den ersten Kreis nach und nach eintreten würden. Das war so etwa die Vorstellung. Aber das war irgendwie unrealistisch. Unsere Industrie hat immer gesagt, die Engländer müssen unter allen Umständen rein und auch die Dänen und die Iren. So ist dann diese Konzeption, die uns zunächst vorschwebte, nicht realisierbar gewesen. Auch Hallstein hat das eingesehen, und wir haben uns ja dann – er war auch noch tätig in der Europäischen Bewegung – diesen Beitrittsanträgen nicht widersetzt. Wir haben also gesagt: Na ja, das steht im Vertrag, jeder, der usw. kann dabei sein. Aber die Konzeption ist natürlich zweifelhaft, ob das glücken wird mit der Erweiterung.

Höreth:

Ich würde gerne eine Frage stellen zum Innenleben der Kommission. Ralf Dahrendorf hat einmal gesagt, Ineffizienz kann nicht teurer organisiert werden als durch das Prinzip – pro Mitgliedsstaat ein Kommissar – das haben sie vorhin auch einmal angesprochen. Das war damals die EG der Neun. Heute sind wir bei 15. Wie europäisch haben Sie sich eigentlich gefühlt als Kommissar? Wie stark waren nationale Interessen doch handlungsleitend?

von der Groeben:

Alle Kollegen bejahten die europäische Idee, das Gemeinschaftsinteresse oder gemeinschaftliche Ziel. Aber es war klar, daß die einzelnen Kommissare in Kenntnis der Schwierigkeiten und der Probleme ihrer Staaten auch berufen waren, darauf aufmerksam zu machen, weil wir ja nicht irgendwelchen theoretischen Zielen nachgingen, sondern Nägel mit Köppen machen wollten. Bei Hallstein ist es ganz klar, daß bei ihm die europäische Frage ganz im Vordergrund stand, wobei er natürlich die nationale nicht vergessen hat. Meine Aufgabe bestand auch darin, den Kollegen die deutsche Si-

tuation zu erklären. Man muß ja immer bedenken, daß nach dem Kriege nicht sehr lange Zeit vergangen war – und natürlich schwebte all das, was dann bekannt wurde durch die Prozesse, die in Deutschland stattfanden, das allmähliche Aufdecken der Untaten usw. im Raum. Das sind ja Dinge, die nicht spurlos an den Menschen vorübergegangen sind. Also meine Rolle bestand darin – abgesehen von meinen Zuständigkeiten – dafür zu sorgen, daß Anliegen, die aus Deutschland kamen, berücksichtigt wurden. Sehr europäisch dachte zweifelsohne Rey, der Belgier und auch Mansholt – für ihn war die europäische Sache ein Herzensanliegen. Leider war seine Agrarpolitik zu dirigistisch, aber ich würde ihn davon ein wenig freisprechen, weil die Franzosen in der Beziehung außergewöhnlich hartnäckig waren.

Gehler:

Die beherrschende europapolitische Figur war Charles de Gaulle. Wenn man so will, auch mit dem stärksten Einfluß auf die Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Interessanterweise läuft ja der Ausschluß Großbritanniens aus der EWG – de Gaulles „non“ – im Januar 1963 parallel mit der deutsch-französischen Annäherung, mit der Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit, mit dem Elysée-Vertrag – es war einer der Höhepunkte der deutsch-französischen Verständigungspolitik. Wenn man die Interessen de Gaulles und Adenauers auch mit Blick auf die deutsch-französische Partnerschaft betrachtet: Waren diese Motive und Intentionen mit Blick auf die deutsch-französische Kooperation Ihrer Ansicht nach Selbstzweck oder nur Mittel zum Zweck?

von der Groeben:

Ich würde sagen: Wenn man sein Verhältnis zur Kommission betrachtet, hat de Gaulle, nachdem er seine inneren Probleme gelöst hat, dann doch die Meinung vertreten, das ein Hineinwachsen der Kommission oder überhaupt der Institutionen der Gemeinschaft in die Politik nicht so ohne weiteres akzeptabel sei. Und in dem Moment, wo er glaubte, daß die Kommission den Ansatz machte, das Parlament stärker ins Spiel zu bringen, auch selbst Entscheidungen zumindest vorzubereiten, hat er das Veto eingelegt, hat er ja den leeren Stuhl inszeniert. Damit hat er die Idee verworfen, daß aus der Gemeinschaft ziemlich schnell eine politische Organisation würde, also

eine Blockade eingelegt. Seine Vorstellung war wohl eben die, daß er glaubte, mit einem Staatenverbund oder einer Gemeinschaft der Staaten im Wege der Überredung der übrigen Staaten doch eine hervorragende Rolle für Frankreich schaffen könne. Als ich das Buch „Aufbaujahre“ schrieb, hat Maurice Couve de Murville mir ein Interview gegeben. Ich habe ihn gefragt: „Wissen Sie, auch wir Deutschen waren ja der Meinung, wenn der Präsident de Gaulle sich an die Spitze unserer Idee gesetzt hätte, als Präsident des Ministerrats und man den Ministerrat ausgebaut hätte, hätte er das haben können, was er immer gesagt hat, nämlich eine verstärkte europäische Macht oder europäische Einflußmöglichkeit. Warum hat er das nicht gemacht, sondern die Sache gebremst?“ Couve de Murville sagte: „Das ist eine gute Frage.“ Eine Antwort hatte er nicht. De Gaulle hat in seinen Memoiren auch über Hallstein geschrieben. Hallstein wäre zwar ein guter Europäer, im Grunde hätte er aber doch angenommen, daß Deutschland aufgrund seiner Wirtschaftsmacht die Hegemonie über Europa übernehmen würde. Da habe ich einen Artikel geschrieben – Hallstein als Präsident der Kommission – in dem ich gesagt habe, wenn etwas falsch ist, dann dies, wenn man Hallstein so einschätzt.

Gehler:

Weil dieser Punkt angesprochen wurde. Monnet – Supranationalität, de Gaulle – Intergouvernementalismus, nur politische Kooperation. Wie groß war eigentlich das Risiko, daß de Gaulle die EG politisch auf's Spiel setzen würde? Mit der Politik des leeren Stuhles hat er im Grunde den Integrationsprozeß ja massiv gefährdet, wie in keiner Form vorher und nachher jemals geschehen.

von der Groeben:

Das ist sehr schwer zu sagen. Die Meinungen darüber gehen auseinander. Eine Interpretation geht in die Richtung, er hätte im Grunde die Absicht gehabt, die EG überhaupt still zu legen. Also gleich auszusteigen, aber jedenfalls keine Anstrengungen zu machen, zu einem Kompromiß zu kommen. Andere sagen wieder, daß er – in der Zwischenzeit war ja die Wahl und er bekam ja im ersten Wahlgang nicht die Mehrheit – dem Kompromiß in Luxemburg zugestimmt hat, indem er ja im Grunde nichts durchgesetzt

hat, außer daß er gesagt hat, ich werde mich dem Veto nicht unterwerfen. Dazu brauchte er ja nicht den leeren Stuhl zu machen, er konnte ja immer sagen: „Also, bitte sehr, Ihr könnt stimmen, soviel Ihr wollt. Aber das mache ich nicht mit.“ Er hat dann ja eine Art Freihandelszonenregime mit den Engländern besprochen. Ob das nun wirklich seine Meinung war, kurz bevor er zurücktrat, daß er nun die Engländer doch hineinnehmen und die Regeln weniger verbindlich machen wollte – das ist schwer zu sagen.

Gehler:

Er hat ja am Tag des 14. Januar 1963 in der Pressekonferenz, als er sein berühmtes „non“ ausgesprochen hat, noch in der gleichen Stellungnahme eine Assoziationsmöglichkeit Großbritanniens mit Blick auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht ausgeschlossen, sondern sie in den Raum gestellt, nur wußten seine Diplomaten nicht, was er damit genau meinte. Im übrigen wußte Couve de Murville überhaupt nichts von diesem bevorstehenden Veto und hat noch wenige Tage vorher seinen Kollegen gegenüber erklärt, daß de Gaulle für den Beitritt der Briten sei. Zur deutschen Interessenlage würde mich interessieren von 1963 so bis 1966 und speziell im Blick noch mal auf den Elysée-Vertrag, was für Adenauer dieser Vertrag für einen Stellenwert gehabt hat? Es war ja nun doch ein Dokument der Bilateralisierung und mit der impliziten „Britten-draußenhalten“-Position ja eigentlich nicht gerade europäisch. War der Vertrag für Adenauer nur Mittel zum Zweck, um die deutsch-französischen Beziehungen zu intensivieren?

von der Groeben:

Ich kann Ihnen eine klare Antwort geben. Adenauer war natürlich in einer schwierigen Lage. Auf der einen Seite wollte er uns, die Gemeinschaft, gerne fördern. Auf der anderen Seite war er aus außenpolitischen Gründen der Meinung, daß er unter gar keinen Umständen irgendwie einen Streit oder eine Unstimmigkeit mit de Gaulle akzeptieren könne. Und zwar war der Grund die russische Haltung. Die russische Gefahr, so wie Adenauer sie sah. Er war der Meinung, daß sowohl Macmillan wie auch später Kennedy in dieser Beziehung unsicher wären, ich sage im Konditional. Ich nehme an, daß es Adenauers Meinung war, daß er unter allen Umständen

sich de Gaulle erhalten mußte für seine Politik, die auf eine Abgrenzung zu Sowjetrußland hinauslief. Und daß das für ihn so im Vordergrund stand, daß er, obgleich er schwer gewarnt worden ist, daß er in dieser Situation den Elysée-Vertrag machte. Die Amerikaner haben viele Anstrengungen gemacht, ihn davon abzubringen, auch wenn ich mich recht entsinne, sogar Monnet und George Ball, die ja beide sich sehr gut kannten, haben auf ihn oder jedenfalls auf seine Umgebung eingewirkt. Aber für ihn war die Überzeugung, daß de Gaulle seine Politik des „Containments“ oder wie man es nennen will, voll unterstützte, das war für ihn entscheidend. Es ist ja dann im Bundestag aufgrund von Vorschlägen meines Freundes Kurt Birrenbach diese Präambel in den Elysée-Vertrag hineingekommen, die festlegte, daß die EG und der Atlantik-Pakt nicht beeinträchtigt werden dürfen. Dazu hat ja de Gaulle nachher gesagt, die „Blütenträume“ wären nicht gereift. Wir in der Kommission sind natürlich über das bilaterale Verhältnis zwischen de Gaulle und Adenauer nicht besonders glücklich gewesen. Denn wir, Hallstein und auch sein Nachfolger, waren der Meinung, daß man das zu Sechsen machen mußte. Und daß es nicht zweckmäßig wäre, daß zwei Staaten in der politischen Integration vorweg gingen. Da ist kein Zweifel, daß wir nicht glücklich waren, aber wir mußten das hinnehmen. Im Grunde waren wir natürlich doch sehr zufrieden, daß trotz all dieser weltpolitisch schwierigen Situationen, nach Luxemburg 1966 die Sache weiterging. Das ist ja auch das, was ich heute immer sage. Wenn Menschen und auch ich eine gewisse Skepsis hinsichtlich der weiteren Entwicklung haben. Es ist bemerkenswert, daß alle Krisen eigentlich immer dazu geführt haben, daß man sich auf die Verfassungswirklichkeit der Union besonnen hat. Man hat die materiellen und institutionellen Errungenschaften nicht gefährdet, sondern weiterentwickelt. In dem Sinne, daß man den Versuch macht, sich über wichtige Fragen zu einigen und wenn man sich geeinigt hat, eine begleitende oder nachfolgende Institutionalisierung beschlossen werden kann. Diese Konzeption prägt diesen neuartigen Einigungsprozeß, der ja bisher noch niemals stattgefunden hat; früher waren es Heiraten oder es war Napoleon oder Hitler. Dieser Versuch, so selbstbewußte Staaten allmählich zusammenzuführen, erfordert Sachkenntnis und Geduld. So haben sich damals der Gemeinsame Markt für die gewerbliche Wirtschaft, die Wett-

bewerbspolitik, die Vier Freiheiten entwickeln lassen, während die Landwirtschaftspolitik kein Ruhmesblatt ist.

Die Ausdehnung der Integration auf weitere politische Bereiche mißglückte. Man hat mir häufig gesagt, es ist völlig falsch, man darf nicht mit der Wirtschaft anfangen, sondern man muß mit der Politik anfangen. Ich habe immer die Auffassung vertreten oder geschrieben, man muß erst dort den Versuch machen, wo es möglich erscheint, wo die Leute der Meinung sind, das ist ganz vernünftig. Z.B. so kleine Märkte, das ist doch Unsinn. Dirigismus ist auch Unsinn, das hat sich herausgestellt. Also, was haben wir dann gesagt: Wir machen einen Gemeinsamen Markt mit marktwirtschaftlichen Regeln.

Gehler:

Sie waren nie ein Freund der ideologischen Überhöhung des Integrationsprozesses. So sagt es Peter Weilemann, der Reden und Schriften von Ihnen herausgegeben hat. Ein Kollege in Wien, Wolfgang Schmale hat die Frage in einem Essay gestellt: Scheitert Europa an seinem Mythendefizit? Mythen haben natürlich viel mit Ideologie und Überhöhung zu tun. Sehen Sie das als ein Problem?

von der Groeben:

Brauchen wir denn einen Mythos, nachdem wir wissen, womit wir es in der Welt zu tun haben? Das ist ja doch am 11. September ziemlich klar geworden, was wir da zu erwarten haben. Die Idee, daß wir in Europa mit, wie sagt man, mit Friede, Freude, Eierkuchen leben können, müßte auch der jüngeren Generation allmählich als Illusion klar werden. Wir haben auch so gedacht. Kellogg-Pakt: Ich habe ja das noch erlebt. Wir waren ja auch der Meinung, die Welt muß wunderbar regiert werden, und es darf keine Kriege mehr geben usw. Dann kamen die Diktaturen und der Zweite Weltkrieg. Heute stehen wir vor der Erkenntnis, daß wir sehr unterschiedliche Entwicklungen in der Welt haben. Ich meine, das ist eigentlich das größte Problem.

Gehler:

Lassen Sie uns als Historiker jetzt noch einmal den Versuch starten, mitzugehen mit Blick auf die Weichenstellungen, die uns heute noch schwer beschäftigen, nämlich Luxemburg im Januar 1966. Das ist ja als Luxemburger Kompromiß in die Geschichte eingegangen. Nun gab es auch damals schon Leute, die sagten, das ist eigentlich kein Kompromiß gewesen, sondern ein französischer Vetosieg. Wie hat dieser sogenannte Kompromiß eigentlich auf die deutsche, auf Ihre Erlebniswelt eingewirkt?

von der Groeben:

Mir war, wenn ich de Gaulle betrachtete, klar, daß es „in the time being“ nicht zu einer bundesstaatlichen oder einer politischen Weiterentwicklung kommen würde. Wir waren natürlich nicht sehr glücklich, weil wir ursprünglich dachten, wir würden schneller vorankommen, aber realistisch. Und wie dann auch noch England aufgenommen wurde, da war mir vollkommen klar, daß diese Idee kaum Chancen haben würde. Hallstein hat ja sein Buch mit „Der unvollendete Bundesstaat“ getauft, hat es dann aber später „Die Europäische Gemeinschaft“ genannt, weil er auch eingesehen hat, daß eben nicht mehr zu erreichen war. Ganz unglücklich bin ich heute darüber nicht. Man muß sich ja darüber klar sein, daß ein bundesstaatliches Europa besonders nach der Erweiterung stark von Kräften außerhalb Deutschlands regiert worden wäre. Wenn ich auch überzeugter Europäer bin, so bin ich doch der Meinung, daß die deutsche Kultur ein wesentlicher Bestandteil eines Europas sein sollte. Ich bin deswegen auch traurig über die Entwicklung des Sprachenproblems, ich würde zwar der Meinung sein, daß man die englische Sprache als alleinige Sprache der Praxis machen könnte. Die Situation, daß jetzt Englisch und Französisch gleichberechtigt sind, und Deutsch nicht, ist für mich also kein gutes Zeichen, denn die Sprache ist nun einmal die Grundlage jeder Kultur, jedenfalls nach meiner Auffassung. Ich bin also der Meinung, daß es klug gewesen wäre, wenn man dem Rechnung getragen hätte.

Gehler:

Generell, Herr von der Groeben, wenn Sie gefragt werden, welchen Stellenwert politische Parteien für den Integrationsprozeß hatten, während Sie Kommissionsmitglied gewesen sind, also in den 50er und 60er Jahren. Wie würden Sie den Stellenwert, wie würden Sie die Rolle, den Einfluß von Parteien sehen und würden Sie auch differenzieren zwischen den sozialdemokratischen und den christdemokratischen Parteien in Europa?

von der Groeben:

Man muß da wohl unterscheiden zwischen der allgemeinen Meinung, daß die europäische Integration notwendig für Deutschland und nützlich für Europa sein würde, und der Frage, wie dies nun in die Praxis umgesetzt werden konnte. Da ist ein Graben dazwischen. Wir sprachen ja schon darüber, daß die Konstruktion des Gemeinsamen Marktes eigentlich mehr auf wissenschaftlicher Ebene angedacht wurde. Die Parteien standen im allgemeinen zwar dem europäischen Gedanken sehr positiv gegenüber, übten aber auf die Konstruktion als solche einen ziemlich geringen Einfluß aus. Spaak, Monnet und andererseits Brentano, Erhard und Ophuels, Hallstein, meine Person und Etzel entwickelten die Ideen in einem verhältnismäßig kleinen Kreise. Natürlich hatten Leute wie Brentano, Erhard und Etzel auch ihren Rückhalt in der Partei. Und sie hätten sich wahrscheinlich für Europa nicht so einsetzen können, wenn sie nicht sicher gewesen wären, daß sie damit auf der allgemeinen Linie seien, wobei noch hinzu kommt, das kann man immer wieder nur betonen, daß Adenauer dafür maßgebend war und er von Anfang an davon überzeugt war, daß dieser Weg eingeschlagen werden müßte. Und das natürlich bei seiner sehr herausgehobenen Stellung, die er damals hatte, jedenfalls in den ersten Jahren. Nachher wissen Sie ja, kam es ja dann zu diesen sehr unglücklichen Verabredungen mit der FDP, daß er nur zwei Jahre Bundeskanzler bleiben sollte. Daß die Konstruktion des Allgemeinen Gemeinsamen Marktes nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten funktionieren würde, mußte erst bewiesen werden. Wir waren, wie Sie ja wissen, damals der Auffassung, die ja auch der Wissenschaftliche Beirat in seinen Gutachten vertreten hat, daß die Teilintegration

nicht klappen könnte. Daß sie erstens theoretisch verfehlt war und in der Praxis auch der wirklichen, auch der Mächtekonstellation oder der Zuständigkeitskonstellation gar nicht gerecht wurde. Es hat sich ja dann schon bei der Kohle, wie sich die Mangellage auflöste, herausgestellt, daß die Hohe Behörde weitgehend auf die Mitgliedstaaten angewiesen war.

Ihre Frage, welche Rolle die Parteien gespielt haben: Sie waren natürlich sehr interessiert an der Personalbesetzung. Daran ist gar kein Zweifel. Meine Position war damals nicht einfach, weil ich ja keiner Partei angehörte, sondern aus der Bürokratie hervorgegangen war und Adenauer ja die Entscheidung für mich getroffen hatte. Er sagte: „Sie haben diese Sache ja sehr wesentlich mitbeeinflusst. Und ich biete Ihnen das Amt als Erstem an. Trauen Sie sich das denn zu?“ worauf ich sagte: „Ja, das tue ich wohl, Herr Bundeskanzler.“ Ferdinand Friedensburg (CDU) war 3 Jahre Kommissionsmitglied – er war damals Abgeordneter des Europäischen Parlaments, sagte: „Hören Sie mal, Sie werden nicht wieder bestellt. Sie gehören der Partei nicht an und das wird nichts werden.“ Er bot mir dann an, ich sollte das Konjunkturinstitut in Berlin übernehmen, das er ja führte, er war ja erheblich älter und sah seinem Ruhestand entgegen. Für mich kam das aber nicht in Frage. Ich war natürlich sehr erfreut über sein Angebot, aber ich habe gesagt, für mich ist dieses Amt ein politisches Anliegen. Und dann tauchte bei der ersten Erneuerung der Kommissionsmitglieder die Frage auf, ob ich verlängert werden sollte oder nicht. Adenauer, der ja noch an der Macht war, wurden auch von wirtschaftlichen Seiten gewisse Bedenken vorgetragen, weil wir ja in der Bundesrepublik eine Reihe von Kartellfreunden hatten. Meine klare Politik in der Wettbewerbsfrage mißfiel einigen Leuten in Deutschland – ich will keine Namen nennen – und auch einigen in Belgien. Das hat später dazu geführt, daß die Wettbewerbspolitik bei der Fusion der Kommission meinem Kollegen Emmanuel Sassen übertragen wurde. Allerdings war der dann so klug und bat mich, meinen damaligen Kabinettschef, den späteren Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, als Generaldirektor des Wettbewerbs zu übernehmen, weil er die von mir vertretene Linie in der Wettbewerbspolitik aufrecht erhalten wollte. Ob es damals schon eine Meinung in der CDU gab, mich zu ersetzen, glaube ich

eigentlich nicht, denn Hallstein war ja der CDU zuzurechnen. Schwierig wurde die Sache später bei der Fusion.

Drei deutsche Mitglieder der Kommission konnten ernannt werden. Fritz Hellwig kam von der Montan-Union. Es ging um die Frage, wer Vizepräsident werden sollte, Hellwig oder ich. Die Entscheidung für Hellwig war parteipolitisch bedingt, ich bin einige Jahre älter, Sachkenntnis und Berufserfahrung wurden beiden Kandidaten zuerkannt.

Es wurde dann in der Regierung Erhard, bevor die Fusion kam, schon über die nächste Kommission beraten. Die FDP verlangte, ich sollte durch Robert Margulies ersetzt werden. Über Herrn Margulies haben wir ja schon gesprochen. Es handelt sich nicht um eine persönliche Beurteilung, sondern um die Eignung für eine europäische Aufgabe. Erhard hat sich klar entschieden, obgleich es für ihn politisch schwierig war, denn er war auf die FDP angewiesen; er hat sich für mich ausgesprochen. Der neue Bundeskanzler Kiesinger war ebenfalls der Meinung, daß ich in der Kommission bleiben sollte. Meine Position in Brüssel ist durch diese parteipolitischen Einflüsse nicht irgendwie beeinträchtigt worden. Ich behielt die wesentlichen Teile meiner Zuständigkeit und meines Einflusses, zumal ich zu den Leuten gehörte, die einen politischen Willen mit Sachkenntnis verbinden. Ich habe ja eine Laufbahn hinter mir, in der ich im Reichsernährungsministerium als Hilfsarbeiter und Kreditreferent angefangen habe; dann war ich im zweiten Weltkrieg zweieinhalb Jahre in einem Armeeoberkommando Gehilfe des ersten Generalstabsoffiziers. Nach dem Kriege habe ich im niedersächsischen Finanzministerium und dann im Bundeswirtschaftsministerium gearbeitet. Ich hatte also einige Erfahrungen in der Verwaltung und auch in vielen Sachbereichen. Ich habe als Jurist angefangen, mich aber schon in Berlin, in Hannover und in Bonn ebenso oder hauptsächlich mit wirtschaftlichen Problemen befaßt. Je besser die Integration funktionierte, desto größer wurde natürlich das Interesse der Parteien, besonders an Personalfragen.

In der Europa-Union gab es zunächst erhebliche Zweifel, ob der Weg über Montan-Union und EWG richtig wäre. Einige Kritiker sagten, das ist ja gar kein „Gemeinsamer Markt“, sondern „gemeinsamer Quark“. Als Vizeprä-

sident der Europa-Union habe ich dann 12 Jahre – während meiner Zeit als Kommissionsmitglied – an den Präsidiumssitzungen teilgenommen und mich für eine realistische Beurteilung des Integrationsprozesses eingesetzt.

Gehler:

Es gab ja neben den einzelnen Parteien auch eine sich mehr und mehr intensivierende transnationale Kooperation. Die sozialistische Internationale war nichts Neues, aber auf der christdemokratischen Ebene gab es einen neuen Versuch, mit den „Nouvelles Equipes Internationales“, dann ab 1965 EUCD. War deren Einfluß spürbar?

von der Groeben:

Ich glaube, daß der Einfluß nicht sehr groß war. Auch Hallstein war ja in der Beziehung zurückhaltend. Ich habe ihm zwar immer gesagt: „Sie müssen viel stärker auch in die Öffentlichkeit gehen.“ Aber das war nicht seine Sache. In den Parteien, in der CDU hat es ja sehr viele Leute gegeben, die dem Europagedanken außerordentlich nahe standen. Also schon im Widerstand. Ich habe seit 1941 Beziehungen zu den Widerstandsleuten gehabt, zu Fritz Dietlof Graf von der Schulenburg vor allen Dingen, und dann auch in Avignon, als ich Soldat war.

Wir haben erörtert, welche Form nach dem Attentat, nach dem Umsturz eine deutsche Regierung annehmen sollte. Schulenburg war dem Beamtenethos sehr verhaftet; was die politische Seite anlangt, leiteten ihn korporative Gedanken. Er hatte die Vorstellung, man sollte die Kreistage direkt wählen. Die Abgeordneten der Kreistage sollten dann die Mitglieder der Landtage wählen und diese wiederum die Mitglieder des Reichstages. In einem gewissen Gegensatz dazu waren meine Freunde und ich der Meinung, man könne von der Weimarer Verfassung ausgehen, offensichtliche Fehlentwicklungen – etwa im Sinne des Grundgesetzes – korrigieren und die Kräfte stärken, die sich dem Amtsgedanken und dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen. Ich konnte Schulenburg nicht überzeugen.

Für Schulenburg, den Kreisauer Kreis und Claus Graf Stauffenberg war der Gedanke der europäischen Einigung grundlegend für die zukünftige Ent-

wicklung: insofern bestanden keine Differenzen. Aus diesem Erbe war schon in der CDU eine starke europäische Richtung gegeben.

Was die SPD anlangt, so kann ich natürlich aus eigenen Erfahrungen nichts sagen. Ich habe mich aber mit Mommer, der ja später mit mir zusammen in der Europa-Union aktiv war, unterhalten. Der gehörte zu jener Gruppe, die es fertiggebracht hat, zusammen mit Deist die SPD dazu zu bewegen, dem EWG-Vertrag zuzustimmen, was ja umstritten war. Inwieweit das nun übereinstimmte mit der allgemeinen Bereitschaft, international zusammenzuarbeiten, oder ob es mehr eine speziell europäische Einstellung war, kann ich für die SPD nicht sagen. Bei der FDP ist ziemlich klar, daß zwei Flügel vorhanden waren; der eine war der Meinung, die Wiedervereinigung steht im Vordergrund und hielt die EWG für dirigistisch, was mir vollkommen unverständlich ist. Denn wer einmal die Nase in den Vertrag hineingesteckt hat, der kann ja nun wirklich nicht sagen, daß hier ein dirigistisches Werk aufgebaut wurde. Im Gegenteil: Es wurden aufgrund sehr strenger Regeln im Wettbewerb die nationalen Regierungen in ihrem Dirigismus, besonders was Beihilfen und Monopolbildungen anlangte, außerordentlich beschränkt. Es herrschte damals nicht zu Unrecht die Meinung vor, daß die merkantilistische, protektionistische und dirigistische französische Mentalität vorherrschend sein würde. Und das war bei Erhard eigentlich eine fixe Idee, daß er sagte: „Nicht mit diesen Leuten!“ Nicht etwa, weil er gegen Frankreich war, keineswegs, sondern er war der Meinung, die Wirtschaftspolitik ist da so ausgerichtet, daß man sich mit ihnen nur höchst vorsichtig befassen könnte. Und ein großer Teil der Beamten, auch im Bundeswirtschaftsministerium, war derselben Meinung, z.B. der Leiter der handelspolitischen Abteilung, Ministerialdirektor Reinhard, der sagte mir: „Also Herr von der Groeben, glauben Sie nicht an den Weihnachtsmann, das ist mit den Franzosen nicht zu machen, was Sie da vorhaben.“ Und für die FDP war das auch irgendwie ein rotes Tuch.

Gehler:

Es hat Anfang der 50er Jahre, 1951, in der Sozialistischen Internationale eine Diskussion darüber gegeben, ob die Europafrage den Zusammenhalt

der sozialistischen Internationale gefährden und, daß die Gefahr einer Spaltung bestehen könne, zumal schon das Problem der „Six“ und der „Outer of Seven“ bestand. Hat die skandinavische sozialdemokratische und die britische Labour-Orientierung einen Einfluß auf die Bildung des Kerneuropas der Sechs gehabt, das zunächst ja mehr mit den Christdemokraten assoziiert wurde, obwohl das natürlich auch nicht stimmte, weil Spaak und Monnet Sozialisten waren.

von der Groeben:

Es äußerte sich in Deutschland ja eine Skepsis gegenüber der Sechser-Integration. Dadurch, daß ununterbrochen von Teilen der Wirtschaft aber auch von Teilen der SPD, auch in der CDU, ich erinnere an Birrenbach, die Auffassung vertreten wurde, das Konzept müßte unbedingt ergänzt werden durch den Beitritt Englands und die Zusammenarbeit mit England, Schweden, Norwegen und Dänemark. Das hat abgesehen davon, daß de Gaulle sich nicht gerade an die Spitze der Sechser-Integration stellte, sondern sein Konzept weiter vertrat, dazu beigetragen, daß die EWG und dann die EG auf das Wirtschaftliche beschränkt blieb. Denn ein Überschlag der Sechser-Integration in das Politische hätte sehr großen Widerstand hervorgerufen. Spitzenleute waren da die Holländer, die ja den sogenannten Fouchet-Plan zum Scheitern gebracht haben, weil sie gesagt haben: „Also wenn wir politisch weitergehen, dann müssen die Engländer dabei sein.“ De Gaulle hat „non“ gesagt und deswegen ist der Fouchet-Plan in den Aktenschränken verschwunden. Diese Beurteilung, wonach die Sechser-Integration quasi eine Spalterfunktion hätte, hat bei der Weiterentwicklung eine große Rolle gespielt.

Gehler:

Sie haben in den 60er Jahren Österreich besucht: Es gab damals Diskussionen über EWG-Assoziation oder -Beitritt.

von der Groeben:

Ich habe mich zum Beitritt und zu der Situation Österreichs öffentlich natürlich nicht geäußert. Aber im privaten Gespräch mit den Herren der In-

dustrie habe ich immer die Meinung vertreten, daß über kurz oder lang der Beitritt auf der Hand liegen würde, und von uns Deutschen gewünscht würde. Ich habe dann einen Höflichkeitsbesuch bei Pittermann gemacht. Er war sehr freundlich und hat sich mit mir unterhalten. Er hat aber ganz klar gesagt, daß das nicht in Frage käme. Was er nun an Gründen angeführt hat, kann ich nicht mehr aus dem Kopf sagen. Ich nehme an, daß er auf die Neutralität hingewiesen hat. Und ich nehme an, daß er auch Andeutungen darüber gemacht hat, daß die EWG ihm ein zu kapitalistisches oder auch ultramontanes Geschäft sei. Dagegen war die Unterhaltung mit Handelsminister Bock sehr positiv. Er hat natürlich darauf hingewiesen, daß da internationale, völkerrechtliche Schwierigkeiten bestehen und man irgendwie – und da waren wir uns völlig einig – nach Wegen suchen müßte, wie man im Zeitablauf einander näher kommen könnte. Daß ein Beitritt oder eine Assoziation von Österreich Probleme für die EG aufwerfen würde, da bestand Einigkeit, daß das nicht der Fall wäre. Diese Unterhaltung war sehr freundschaftlich. Aber Pittermann war auch sehr nett und höflich. Er war ja so ein bißchen rustikal.

Gehler:

Die 60er Jahre der EWG/EG kann man auch als Jahre der Krise sehen. Es gab aber auch die Fusionsverträge von 1965, die 1967 in Kraft traten. Das war ja ein Schritt nach vorne. Was führte zu diesen Fusionsverträgen, daß man gesagt hat, wir wollen nur mehr eine Kommission, einen Ministerrat, einen Gerichtshof? Wie würden Sie den Prozeß, der zu den Fusionsverträgen hinführt, aus Ihren Erinnerungen skizzieren?

von der Groeben:

Politisch gesehen war die Landwirtschaftspolitik für die Franzosen sehr entscheidend. Ich bin ja immer ein Kritiker der Landwirtschaftspolitik gewesen. Ich habe mich nicht durchsetzen können und konnte mich auch nicht durchsetzen, weil, wenn ich mich durchgesetzt hätte, wäre das für die EWG wahrscheinlich schädlich gewesen. De Gaulle hätte wahrscheinlich gesagt, also mit einer liberalen Landwirtschaftspolitik mache ich nicht

mehr mit. Aber das Zweite, was in der Geschichtsschreibung nicht erwähnt wird, ist die Wettbewerbspolitik. Es wird von deutschen Politikern gesagt, die einzige Politik wäre die Agrarpolitik. Das ist natürlich falsch. Das ist eine dirigistische Konzeption, die besagt, Politik ist nur dann gegeben, wenn ich dirigistisch eingreife. Dagegen haben wir durch die Wettbewerbspolitik, also durch die Verordnung 17, die Steuerharmonisierung und die Rechtsangleichung, die Voraussetzungen für die Entwicklung geschaffen. Ich bin ein einsamer Prophet, aber das sickert allmählich durch, daß diese Charakterisierung des Gemeinsamen Markts mit der Landwirtschaftspolitik fehl am Platze ist. Die Landwirtschaftspolitik hat uns sehr, sehr geschadet und schadet uns auch heute noch. Und bei der Osterweiterung wird das eine große Rolle spielen. In diesen sechziger Jahren ist es die Wettbewerbspolitik, die Steuerharmonisierung, die Angleichung des Umsatzsteuersystems usw. gewesen, die den Integrationsprozeß gestaltet haben. Wir haben dann das europäische Patentrecht auf den Weg gebracht. Wir haben – das ist einer meiner letzten Vorschläge gewesen – das Statut für eine europäische Aktiengesellschaft vorgelegt, das allerdings auch nach 30 Jahren immer noch nicht in Kraft getreten ist. Die Wettbewerbspolitik war also Kern und Motor der weiteren Entwicklung. Die politischen Probleme blieben weiterhin ungelöst. Letzten Endes sind ja die Hallsteinschen Vorstellungen auf Eis gelegt worden, so daß übrig geblieben ist, was Delors später als „Binnenmarkt“ bezeichnet hat. Wir hatten es „binnenmarktähnliche Verhältnisse“ genannt. Delors hat also nur das fortgesetzt, was von uns begonnen war. Das war sehr notwendig, denn in dem Moment, wo die Dinge politisch stagnierten, nahm die Bereitschaft der Mitgliedstaaten ab, den Binnenmarkt insbesondere durch die Beseitigung der technischen Handelshemmnisse zu vollenden.

Gehler:

Nochmals zur Frage: Wie kam es zum Fusionsvertrag? Wer waren die treibenden Kräfte?

von der Groeben:

Ich glaube, die Hohe Behörde der Montanunion war daran sehr interessiert. Jean Monnet hat sehr dafür geworben. Es war ja auch nicht einzusehen, daß wir drei Institutionen brauchten. Wir hatten anfangs den Versuch der Zusammenarbeit gemacht und ein gemeinschaftliches Gremium für die Energiepolitik gebildet, dem ich auch angehört habe. Man sah dann aber, daß es sehr schwierig war, zu gemeinsamen Vorschlägen oder Lösungen zu kommen, da die Kommissare der Hohen Behörde oder von EURATOM von unterschiedlichen Vorstellungen ausgingen. Man kann nicht sagen, daß alle Mitglieder der Hohen Behörde von der marktwirtschaftlichen Konzeption des Gemeinsamen Marktes sehr überzeugt gewesen wären. Bei EURATOM überwog die dirigistische Komponente – Hallstein und die anderen Kommissionsmitglieder waren der Meinung, daß eine einheitliche Konzeption nötig wäre. Zunächst ist man ja nur zur Fusion der Exekutiven gekommen. Damit hat man diejenigen Prozesse, die sich abseits vom marktwirtschaftlichen Konzept entwickeln würden, auslaufen lassen. Es hat dann keinen Zweifel gegeben, daß das marktwirtschaftliche Konzept die Grundlage war. Ich muß allerdings einen kleinen Einwand machen, nämlich daß diejenigen Kräfte auch in der Kommission stark gewesen sind, die ein stärkeres planwirtschaftliches Element hineinbringen wollten. Das begann mit der mittelfristigen Wirtschaftspolitik, die Marjolin forciert hat, bei der wir also Schwierigkeiten gehabt haben, das mit den deutschen Vorstellungen in Übereinstimmung zu bringen. Wir haben uns dann aber geeinigt. Spinelli war sicherlich ein großer Europäer, aber doch stark ausgerichtet auf planwirtschaftliche Ideen. Die Vorstellung, daß Integration sich durch die Unternehmen und die Kapitalmärkte vollzieht und die Behörden die Regeln setzen, garantieren und kontrollieren müssen, war nicht sehr weit verbreitet. Marjolin neigte mehr zu staatswirtschaftlichen Betrachtungen, darüber ist es aber nicht zu einem grundsätzlichen Streit in der Kommission gekommen.

Gehler:

Wie würden Sie denn die Bedeutung dieser Fusionsverträge einschätzen für den weiteren Gang der Dinge der europäischen Integration?

von der Groeben:

Da waren die Auffassungen unterschiedlich. Meine Meinung bestand darin, vor allem die marktwirtschaftliche Konzeption durchzusetzen. Bei denjenigen, die mehr staatswirtschaftlich dachten, werden andere Probleme im Vordergrund gestanden haben. Ich war der Meinung, daß die Marktwirtschaft die einzige Chance war, die Integration voranzutreiben.

Gehler:

Im Sinne einer Supranationalitätsphilosophie konnte es ja nur Sinn machen, zu sagen, wir vereinheitlichen und bündeln die Kräfte, um die Schlagkraft auch der Gremien und Institutionen zu verstärken. Im Sinne eines intergouvernementalistischen, auf kooperative Strukturen abzielenden Gaullisten hätte es ja durchaus auch Sinn machen können, zu sagen, wir lassen das mal so, wie es da ist, es gibt eine Hohe Behörde, EGKS, es gibt eine Kommission für die EWG. Ich frage mich: Hat de Gaulle in der Sache Fusionsverträge gerne seine Zustimmung gegeben, ist die ihm leicht zu entwenden gewesen oder war das selbstverständlich? Aus der gaullistischen Sicht hätte ein Status Quo doch Sinn gemacht oder?

von der Groeben:

Ob das bei de Gaulle eine Rolle gespielt hat, kann ich nicht sagen. Aber ich nehme beinahe an, daß die Zusammenlegung der Institution da doch eine starke Rolle gespielt haben. Ob er vielleicht auch angenommen hat, über „eine“ Kommission stärker zu Einfluß zu gelangen, das läßt sich sehr schwer sagen. Diese Frage ist schwer zu beantworten.

Gehler:

Sie haben zu Recht auf die Wettbewerbspolitik verwiesen, die von der historischen Forschung noch unberücksichtigt geblieben ist, u.a. mit Blick auf

die Fortschritte des Integrationsprozesses. Sie waren ja hier sehr aktiv, und ich frage mich: Hat diese Art von Erfolgspolitik dazu beigetragen, daß ein Mann wie Ludwig Erhard, der ja der EWG anfänglich sehr skeptisch gegenüberstand, in der Zeit, als er Bundeskanzler geworden ist, mehr an die Gemeinschaften herangeführt werden konnte, um ihnen einen größeren Sinn abzugewinnen?

von der Groeben:

Erhard hat mir dann sogar gesagt, er hätte diese Bestimmungen, die Wettbewerbsvorschriften selbst schreiben können. Wenn ich im Ausschuß Gemeinsamer Markt etwas durchgesetzt habe, so kann man ja nicht annehmen, daß ich das alles geschrieben hätte. Sondern da hat es natürlich Unterausschüsse gegeben, und in diesem Unterausschuß sind auch die deutschen Wettbewerbshüter aktiv gewesen. Die Formulierung habe ich dann im Ausschuß Gemeinsamer Markt übernommen und war außergewöhnlich verwundert, daß von oben her, von Müller-Armack eine andere Weisung kam, es sollten nur Absichtserklärungen sein. Mit der Hilfe der Belgier und Holländer habe ich mich darüber hinweggesetzt und dem Lenkungsausschuß unsere ursprüngliche Fassung vorgelegt, wobei das Bundeswirtschaftsministerium dann nicht mehr protestiert hat. Insofern wird man nicht sagen können, daß Erhard der Verfasser dieser Bestimmungen ist. Aber als er sie dann gelesen hat, hat er mir auch sehr netter Weise gesagt: „Das hätte ich selber schreiben können.“ Aber für ihn als Bundeskanzler war die Hauptfrage natürlich, wie wird die Integration politisch fortgesetzt. Er war starken Vorbehalten seiner Parteimitglieder ausgesetzt, die immer annahmen, insbesondere auch die CSU, er würde eine andere Linie als Adenauer fahren. Er hat sich völlig mit der Integration identifiziert. Er hat ja auch diese sehr schwierige Entscheidung über die Preisregelung für Agrarprodukte getroffen, dann die Entscheidung für meine Person und nicht für Margulies, was natürlich bei der FDP nicht gerade günstig aufgenommen worden ist. Aber er ist bei de Gaulle nicht angekommen. Nach dem deutsch-französischen Vertrag hatte er leider ein Interview gegeben, das de Gaulle sehr übel genommen hat. Er hat nichts direkt gegen de

Gaulle gesagt, aber dieser hat doch sehr klar zum Ausdruck gebracht, wie enttäuscht er wäre. Ich habe Couve de Murville einmal gesagt, Erhard hätte sich doch sehr eingesetzt für eine politische Weiterentwicklung der Sechs und nicht nur der Zwei. Und da hat dann Couve de Murville ausweichend geantwortet. De Gaulle hat ja den Vorschlag gemacht, Deutsche und Franzosen sollten enger zusammenarbeiten. Die Unterhaltung ist taktisch nicht sehr gut verlaufen. Ich möchte jetzt die Schuld nicht alleine bei Erhard suchen, sondern bin der Meinung, de Gaulle hätte das diplomatisch vorbereiten müssen. Er konnte bei einer solchen Chefverhandlung nicht auf einmal damit kommen und sagen, arbeiten Sie doch näher mit uns zusammen, wir wollen dann politisch vorgehen; aber Erhard hätte nach meiner Auffassung rein taktisch anders reagieren müssen, in etwa z.B. so: „Herr Präsident, das ist interessant und ein großartiger Vorschlag. Wir müssen sofort die Außenminister einsetzen, daß sie das prüfen.“ Aber sowohl Erhard wie Gerhard Schröder haben geschwiegen. Und das hat ihnen de Gaulle zusätzlich übel genommen. Daraufhin hat er eine „Rosen-Rede“ gehalten, in der er gesagt hat: „Die Rosen verblühen“ oder so etwas Ähnliches. Aber Sie haben ja die Frage gestellt, ob die Wettbewerbspolitik für Erhard eine Rolle gespielt hat. Das würde ich bejahen, denn die politische Integration stand bei ihm stark im Vordergrund.

Gehler:

Kann man sagen, daß er sich vom Kern-Europa-Skeptiker zu einem Kern-Europa-Pragmatiker entwickelt hat?

von der Groeben:

Ja, aber nur zum Realisten.

Gehler:

Also nicht zum „Euphoriker“?

von der Groeben:

Nein. Er hat ja dann in dem Moment, wo er sah, daß es integrationspolitisch nicht weiterging und der „leere Stuhl“ kam, wieder eine Rede gehalten.

ten, in der er gesagt hat, man müßte eigentlich den Integrationskern größer machen.

Gehler:

Also eine große Freihandelszone mit multilateralen Welthandelskontakten blieb ein fester Bestandteil seines Denkens?

von der Groeben:

Ja. Er hat immer die Auffassung vertreten, die Sache müßte sich auf breiter Ebene vollziehen.

Gehler:

Sie haben anklingen lassen, es habe zwischen de Gaulle und Pompidou eigentlich im wesentlichen keinen Unterschied gegeben mit Blick auf Integrationspolitik. Das sei im Grunde eine fast unveränderte französische Position gewesen. Nun entwickelt sich diese Gemeinschaft in den Jahren 1969-1972 zu einer Neuner-Gemeinschaft. Was hat dafür den Ausschlag gegeben? Der Haager Gipfel bringt ja den Durchbruch, und es kommt zur Aufnahme von Großbritannien, Irland und Dänemark. Darüber hinaus werden mit den anderen EFTA-Staaten Freihandelsabkommen geschlossen. Was hat Ihrer Ansicht dazu geführt, daß der gordische Knoten durchschlagen werden konnte?

von der Groeben:

Erstens möchte ich sagen: Die Haltung Frankreichs, einerseits das supranationale Element zurückzudrängen und andererseits gleichzeitig die Engländer herauszuhalten, war auch selbst de Gaulle in den letzten Monaten seiner Amtszeit, aber auch einem großen Teil der französischen Elite als Unvereinbarkeit bewußt. Nach dem Motto „Wir wollen die Supranationalen nicht, aber die Engländer auch nicht“. Diesen Standpunkt haben die Holländer den Franzosen auch immer wieder vorgeworfen. Es könnte sein, daß das bei Pompidou eine Rolle gespielt hat. Wobei Georges Pompidou und später auch Valéry Giscard d'Estaing es ablehnten, die Supranationalität auch auf die Politik zu übertragen. Das hat sich erst unter Mitterrand

geändert. Pompidou wollte nicht allzu sehr auf die Deutschen, die wirtschaftlich sehr stark waren, angewiesen sein und deshalb die Engländer in die EG aufnehmen.

Gehler:

Das Interessante ist ja, um noch einmal nachzufragen, de Gaulle sagt zu den Briten 1963 nein, er sagt auch 1967 noch einmal explizit nein. Und dann folgt sein Rücktritt 1968. Pompidou kommt, und dann geht die Erweiterung sehr schnell. Was hat sich also in der Argumentation oder in der Motivation der französischen Haltung mit Blick auf diese Erweiterung verschoben?

von der Groeben:

Ich glaube, daß das eine sehr persönliche Meinung von de Gaulle war, die vielleicht noch von einigen ganz nahen Beratern mitgetragen wurde, daß aber die französische Elite der Auffassung war, daß das auf die Dauer nicht durchzuhalten war. Und da man aus den Gründen, die ich über Pompidou gesagt habe, ohnehin dazu neigte, die Engländer mit dabei zu haben, so ergab sich daraus eine Auflösung dieses Widerspruchs.

Gehler:

Wie hat die deutsche Seite eigentlich die Frage der Erweiterung gesehen?

von der Groeben:

Immer positiv. Also ich meine die Regierung. Bei Brandt würde ich ganz klar sagen, daß er immer für die Erweiterung durch die Engländer eingetreten ist. Auch wenn es dadurch eine Verzögerung des supranationalen Integrationsprozesses gab. Auch Jean Monnet war ja der Auffassung, daß die Engländer einen politischen Impuls geben würden für die weitere Entwicklung der Integration. Ich habe dem immer skeptisch gegenüber gestanden. Wir sahen hier gerade gestern und vorgestern den Film über das Jubiläum der britischen Königin. Da sagte ich zu meiner Frau: Wenn man das gesehen hat, dann kann man verstehen, daß die Engländer keine Weisungen von Hallstein, de Gaulle oder Delors entgegennehmen wollten. Das ist ja wirk-

lich noch 19. Jahrhundert, was da geschieht. Aber trotzdem ist es ein modernes Land, sie können mit beidem leben.

Gehler:

Sie waren als Kommissar in der Wettbewerbspolitik und in der Harmonisierung von Rechtsvorschriften auch ab 1967 für Regionalpolitik zuständig. Welche Funktion sollte damals diese Regionalpolitik erfüllen? Und wodurch unterschied sich diese Art von Regionalpolitik von heutigen Vorstellungen?

von der Groeben:

Unser Konzept war, daß nicht mit verlorenen Beihilfen gearbeitet werden sollte, sondern mehr mit Krediten und Garantien und vielleicht Zinsverbilligungen. In dem Vorschlag, den ich kurz vor meinem Ausscheiden aus der Kommission gemacht habe, wurde außerdem eine Befristung aller Maßnahmen gefordert. Ich bin immer der Auffassung gewesen, daß verlorene Beihilfen deswegen nicht so wünschenswert sind, weil das die Leute in Sicherheit wiegt. Sie stecken das Geld ein und machen, was sie wollen. Wenn man ihnen dagegen einen Kredit gibt, der verzinst und getilgt werden muß, wenn auch mit einem niedrigen Zinssatz, so wird dadurch die Dynamik des Unternehmers nicht eingeschláfert. Bei der Entwicklung der europäischen Regionalpolitik hat es dann zunächst keine Fortschritte gegeben. Nachdem die Engländer beigetreten sind, haben sie den Faden wieder aufgenommen, aber den Regionalfonds als Mittel zum Finanzausgleich benutzt, indem sie die Gelder in den allgemeinen Haushalt einbrachten.

Erst sehr viel später ist die Regionalpolitik wieder in ein vernünftiges Fahrwasser gekommen. Warum wir eigentlich die Regionalpolitik so in den Vordergrund gestellt haben, das liegt natürlich an der Überzeugung, daß die Marktwirtschaft nicht alles bringt. Wo es Probleme gibt, ist es notwendig, bestimmte Entwicklungen von Staats wegen zu unterstützen, die sich nicht von selbst ergeben. Da sind ja zunächst große Konferenzen abgehalten worden, bei denen die Meinungen sehr auseinander gingen. Es waren also Leute, die sagten: Natürlich muß die Kommission und die Gemein-

schaft da aktiv werden. Dafür brauchen sie auch einen Fonds. Und andere sagten: Nein, das ist eine Sache der Nationalstaaten. Ich habe eine mittlere Linie vertreten: Erst einmal eine Konzeption, die nach meiner Auffassung mit der Marktwirtschaft verträglich ist. Dann hat Rey sich entschlossen, bei der Fusion eine Generaldirektion „Regionalpolitik“ zu gründen und sie meiner Leitung zu unterstellen, weil er annahm, daß ich auf Grund meiner Erfahrungen in Berlin, Hannover und Bonn in der Lage sein würde, die Schwierigkeiten zu meistern.

Gehler:

Sie haben in einem Vortrag an der Universität Augsburg – das war 1969 – feststellen müssen: „daß die Zustimmung der Beteiligten zu den Zielen der Gemeinschaft nachgelassen hat“. Ihren weiteren Ausführungen zu Folge habe es den „spontanen Konsensus“ nicht mehr gegeben. Das war also noch zur Zeit, als Sie der Kommission angehörten, und Sie nahmen da direkt Bezug auf die 60er Jahre. Was führte Ihrer Ansicht nach dazu, daß dieser spontane Konsensus abhanden gekommen ist?

von der Groeben:

Da war der Luxemburger Kompromiß, nach der Periode des „leeren Stuhles“. Staatssekretär Lahr hat darüber einen Artikel geschrieben. Ich meine, juristisch war das ja richtig. Aber de facto hat sich seit dieser Zeit doch eine Verstärkung des Ausschusses der Ständigen Vertreter und damit natürlich auch eine gewisse Reduktion der Möglichkeiten der Kommission ergeben. In der Landwirtschaftspolitik, aber auch in der Wettbewerbspolitik gab es vorher gar keinen Zweifel darüber, daß der Kommission die Initiative oblag. Das institutionelle Schwergewicht verlagerte sich zugunsten des Ministerrates. Das waren noch die Nachwehen der Ära de Gaulle. Während der Amtszeit Delors hat dann die Kommission wieder stärker die Initiative übernommen.

Gehler:

Der Luxemburger Kompromiß war ja doch ein retardierendes Moment im Integrationsprozeß summarisch formuliert?

von der Groeben:

Damit sind wir bei einer sehr schwierigen Frage. Wie soll man das Verhältnis zwischen Supranationalität und intergouvernementaler Zusammenarbeit deutlich machen? Wir haben damals die Auffassung vertreten – auch wenn ich sehr große Zweifel bekam – daß die Hallsteinschen Vorstellungen, Ophuels ist ja eigentlich der Erfinder des bundesstaatsähnlichen Zielles, eine Zukunft hätten. So gesehen würde man Luxemburg natürlich als einen Rückschritt ansehen. Wenn man der Auffassung ist – und ich neige auch heute rückblickend dazu – daß mit de Gaulle und dem Beitritt der Engländer die Hallsteinsche bzw. Ophuelssche Konzeption nicht mehr realistisch war, dann wird man sagen können, daß es der Anfang dieses neuen Versuches war, das Supranationale und das Intergouvernementale zusammen zu spannen. Das ist unter den Sechsen richtig gewesen. Es ist unter fünfzehn und noch mehr Mitgliedern wahrscheinlich die bessere Möglichkeit, daß man auf einer sehr engen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten aufbaut, aber für gewisse Fragen supranationalen Regelungen folgt. Die beiden Elemente haben sich schon durch die Währungsunion in gewisser Weise zu einem Gesamtsystem verbunden, wo man nicht mehr sagen kann, das macht der Nationalstaat, das macht die Kommission. Das ist ein Ganzes geworden, in dem man auch die Frage der demokratischen Legitimation, der Handlungsfähigkeit nicht mehr gesondert für die Nationalstaaten und gesondert für die Gemeinschaft diskutiert und verhandelt. Ich habe immer die Meinung vertreten, daß die Idee, man könnte Institutionen gründen und die Institutionen würden sich dann die Zuständigkeiten schaffen, daß das für die europäische Integration nicht paßt, sondern daß zunächst eine Übereinstimmung sein muß zwischen den Staaten, die immer noch die Souveränität haben und man dann erst den Versuch der Institutionalisierung machen kann. Das Einzige, was man einwenden kann, ist die Frage: wo geht das denn eigentlich letzten Endes hin? Müssen wir nicht eine Finalität haben? Ich bin da nicht ganz sicher, ob wir eine Finalität haben müssen. Ob es nicht genügt, zu sagen, es wird auf diese Art und Weise allmählich eine Organisation geschaffen, die in der Lage ist, im Inneren die Probleme zu lösen und nach außen einigermaßen geschlossen aufzutreten. Wenn ich al-

lerdings lese, was derzeit geschrieben wird, da werden immer drei Dinge zugleich verlangt: Es muß eine Finalität, Demokratisierung und Kompetenzverteilung gegeben sein. Man wird sehen, was der Konvent dazu sagt.

Gehler:

Ich komme von einem „Outsider-Land“ integrationspolitisch gesprochen. Österreich war nicht von Anfang an dabei. Es ist ja erst seit sieben Jahren Mitglied. Wie hat man diesen sogenannten Outsider aus der Sicht der Kommission gesehen? Also die wechselseitigen Wahrnehmungen sind spannend, und da würde ich beginnen wollen, wenn ich das noch darf, mit der EFTA. War die EFTA-Gründung – 1959 ist die Stockholmer Konvention paraphiert worden – 1960 ist sie in Kraft getreten – war das für die Kommissionsmitglieder überraschend? Hat man damit gerechnet, daß sich die Ausgeschlossenen oder die Sich-Selbst-Ausschließenden zu einem eigenen losen Verbund, zu einer Freihandelszone zusammenschlossen? Hat man darin Probleme gesehen? Wie ist die EFTA-Gründung aufgenommen worden?

von der Groeben:

Also ich glaube, nicht besonders tragisch. Leute wie Hallstein und ich haben immer die Auffassung vertreten, daß Regelungen gefunden werden müssen, die die zum europäischen Kulturkreis gehörenden Länder in ein Gesamtkonzept einbinden.

Gehler:

Sie hatten die bundesdeutsche, stets sehr freundliche Haltung gegenüber Österreichs Integrationsabsichten erwähnt. Wie ist das zu erklären? Wie würden Sie das im Rückblick sehen? Warum war gerade die Bundesrepublik Deutschland so österreich-freundlich und so geneigt, den österreichischen Integrationswünschen entgegenzukommen?

von der Groeben:

Weil wir Österreich lieben, die vielen Österreich-Reisen haben eine sehr große Rolle gespielt. Viele Deutsche waren ja auch der Meinung, daß Bismarck fehl gehandelt hat. Die Stimmung war zweifelsohne, die gehören dazu. Die Idee, daß Österreich eigentlich ein anderes Land wäre, ist sehr vielen Deutschen gar nicht gekommen. Ich habe nie den Eindruck gehabt, wenn ich in Österreich gereist bin, daß ich in einem fremden Land wäre. Das gilt auch für sehr viele aus meiner Generation.

Gehler:

Vielleicht noch eine letzte Frage, wenn Sie das gestatten. Herr von der Groeben, Sie haben ja auch erlebt vor zwei Jahren diese EU-Regierungsboykottmaßnahmen gegenüber Österreich. Wie weit haben Sie das als berechtigt empfunden mit Blick auf den Integrationsprozeß? Österreich ist monatelang ausgeschlossen worden von der 14er Staatengemeinschaft, und es ist dann dieser Bruch mit drei Weisen politisch wieder gekittet worden. Wie haben Sie das erlebt?

von der Groeben:

Als unrechtmäßig und töricht, um es ganz klar zu sagen. Eine unglaubliche Geschichte. Ich meine, den Italienern gegenüber hätte man das nie gemacht. Oder den Spaniern oder Portugiesen. Bei Österreich war das wohl so: Das können wir ruhig mal machen, die sollen mal sehen, daß sie nicht wieder in schlimme Sachen zurückfallen. Das spielte eine Rolle.

Gehler:

Interessant war, daß die Franzosen und die Belgier die Führerschaft hatten in dieser Sanktionspolitik, und die Deutschen auch auf dieser Linie waren, d.h. die Bundesregierung.

von der Groeben:

Also ich fand das auch jämmerlich, ehrlich gesagt. Man konnte ja ganz klar sagen, daß man Haider nicht liebt, aber man konnte ebenso klar sagen, daß

das völlig unangemessen ist, was da geschehen ist. Daß Haider sicherlich manche Sachen gesagt hat, die den Herrn Fischer, Schröder oder mir mißfallen, das kann man ja sagen. Aber da kann man nicht solche Maßnahmen einleiten, die übrigens nicht gerechtfertigt sind, in keinem Vertrag stehen und eine reine Willkürsache waren.

Gehler:

Die Kommission hat ja eine auffallend bescheidene Rolle in der ganzen Sache gespielt. Prodi hat ambivalent reagiert, und dann hat man mit den drei Weisen die Kommission wieder übergangen. Es wäre doch wohl die Aufgabe der Kommission gewesen, zu prüfen, ob Österreich die Verträge verletzt hat als Hüterin der Verträge, das ist ja die Aufgabe der Kommission.

von der Groeben:

Na ja, wissen Sie, die Kommission ist kein Gericht. Auch wenn die einzelnen Mitglieder unabhängig sind – ich meine, zu meiner Zeit waren sie das wirklich, so sind sie doch von sehr vielen Strömungen und Einflüssen usw. geprägt. Also ob die Kommission ein objektives, gerichtsähnliches Urteil hätte fällen können, ist zweifelhaft. Schon jetzt stottert das institutionelle System der Gemeinschaft; wenn es 25 Mitglieder, 25 Kommissare geben würde, die mit vielen ungelösten Problemen fertig werden sollen, ist ein Fortschritt bei der politischen Einigung kaum noch zu erwarten.

Gehler:

Herr von der Groeben, ich möchte herzlich Dank sagen, daß Sie so lange für dieses offene Gespräch zur Verfügung gestanden sowie auch Dokumente, die aus Ihren Privatunterlagen bzw. Ihrer Feder stammen, für einen kleinen Anhang zum Abdruck freigegeben haben.

Dokumentarischer Anhang

Dokument 1:

Abteilung III

Bonn, den 18. April 1955

Vorzulegen

Herrn Minister

über

Herrn Staatssekretär

Betr.: Weitere wirtschaftliche Integration Europas.

Zu den Vorschlägen der Einbeziehung weiterer Wirtschaftszweige (Energie, Atomenergie, Verkehr) in die Zuständigkeit der Montanunion wird gesondert Stellung genommen werden. Da damit gerechnet werden muß, daß gelegentlich der nächsten Außenministerkonferenz das Gesamtproblem der wirtschaftlichen Integration Europas zur Sprache kommt, wird zu entscheiden sein, ob sich das Bundeswirtschaftsministerium mit einer im wesentlichen negativen Stellungnahme zu einer weiteren Teilintegration begnügen oder eine eigene Stellungnahme zu der Frage entwickeln sollte, welche positiven Schritte auf diesem Gebiet auf diesem Gebiet in der nächsten Zeit unternommen werden könnten.

Der Herr Minister hat in seinen Gedanken zum Problem der Kooperation oder der Integration zwei Formen der internationalen Zusammenarbeit unterschieden:

1. Die Kooperation, von der gesagt wird, daß sie keine Veränderung der Form mit sich bringt, denn: „noch kaum je in der Geschichte hat etwa die Intensivierung des Außenhandels zwischen zwei Ländern das zwischenstaatliche Ordnungssystem zu verändern vermocht“ „so kann doch aus Erfolgen dieser Art keine neuere und höhere Form zwischenstaatlicher Beziehungen erwachsen“.

Die beteiligten Staaten bleiben also bei bloßer Kooperation selbständig in ihrer Wirtschaft- und Finanzpolitik. Außenhandel bleibt Außenhandel.

2. Die Integration, die nach einer Veränderung der Form strebt. „Insofern bedeutet die Integration gegenüber der Kooperation zweifellos eine höhere Stufe der Entfaltung. Hier verändert sich nicht nur die Quantität, sondern hier wandeln sich die Formen der Beziehungen – hier wird etwas Neues geboren“.

Als denkbare Formen der Integration werden genannt:

- a. Die institutionelle Integration, bei der erst „über die Organisation eine funktionelle Wirkung erzielt werden soll“.

Über die Bedenken, die gegen diese Lösung bestehen, herrscht Übereinstimmung.

- b. Die funktionelle Integration, bei der eine „Ordnung nicht organisiert oder gemanagt wird“, sondern man sie „im System“ setzt.

Bei der funktionellen Integration wird über die freiwillige Anerkennung bestimmter Grundsätze und die Einordnung der Volkswirtschaften unter dieses Gebot der gewollte Effekt in anonymer Weise erzielt oder sogar erzwungen“.

Wenn der Herr Minister einer umfassenden funktionellen Integration, bei der man sich freiwillig über Formen und Prinzipien der nationalen und internationalen Ordnung verständigt, den Vorzug gibt, so weist er andererseits auch darauf hin, daß zur Erhaltung dieser Integration zwangsläufig eine gewisse institutionelle Verklammerung erforderlich ist.

Gehen wir hiernach davon aus, daß über bloße Kooperation der Staaten hinaus eine Integration angestrebt wird, daß unter Ablehnung des Primats der institutionellen Integration eine funktionelle Integration Europas erreicht werden soll, so fragt es sich, welches ist das Ziel dieser funktionellen wirtschaftlichen Integration oder, mit den Worten des Herrn Ministers: Welche ist die Veränderung der Form, was ist das Neue, das hier geboren wird?

Nehmen wir die Antwort vorweg.

Funktionelle Integration Europas bedeutet: Allmähliche Überleitung eines Systems des freien ungehinderten Außenhandels zu einem europäischen Binnenmarkt (Gemeinsamer Markt). Außenhandel wird Binnenhandel.

Begründung.

1. Weshalb Integration?

Optimale Arbeitsteilung zwecks Steigerung der Produktivität, Erhöhung der Produktion durch Steigerung der Absatzmöglichkeiten in einem größeren Raum, Produktion größerer Serien. Möglichkeit, technische Großprojekte zu verwirklichen (Atomenergie, Chemie, Automobilindustrie). Stetigere Entwicklung der Investitionen als Folge eines größeren Wirtschaftsgebietes. Hebung des Lebensstandards infolge der aufgezeigten Möglichkeiten.

2. Welche funktionellen Voraussetzungen müssen gegeben sein, um dieses Ziel zu erreichen?

- a. Echte und relativ feste Wechselkurse;
- b. Volle Liberalisierung von Gütern und Dienstleistungen;
- c. Freier Kapitalverkehr;
- d. Vereinbarungen über Wegfall der Exportsubventionen und Importbelastungen sowie über gewisse Handelsregeln.

Diese funktionellen Voraussetzungen gelten sowohl für ein System des multilateralen freien Welthandels als auch für den Gemeinsamen Markt. Soll sich aber allmählich eine Veränderung in der Form, in der Qualität,

anbahnen, d.h. soll Außenhandel Binnenhandel werden, die nationalen Märkte sich zum europäischen Gemeinsamen Markt entwickeln, soll aus der Kooperation eine Integration entstehen, so muß die Lösung folgender Probleme in Angriff genommen werden:

- a. Vereinbarungen über die Erhaltung echter und relativ fester Wechselkurse (systemgerechtes Verhalten) sowie über gemeinsame Maßnahmen, wenn sich Widersprüche aus den Anforderungen des Zahlungsbilanzausgleichs einerseits, der Konjunkturpolitik andererseits ergeben (gemeinsame Konjunkturpolitik).
- b. Allmähliche Beseitigung der Wettbewerbsverfälschungen von Industrie zu Industrie.
- c. Grundsätze einer Wettbewerbsordnung (Preisdiskriminierung, unlauterer Wettbewerb, Kartelle, Zusammenschlüsse).
- d. Schrittweise Beseitigung der Binnenzölle (Zollunion).

Der Weg.

- a. In jedem Fall wäre ein weltweiteres Währungssystem die beste Lösung. Läßt sich dieses Ziel nicht erreichen, so muß geprüft werden, ob eine Lösung der Währungsfrage für Europa möglich ist unter Aufrechterhaltung gewisser Beschränkungen gegenüber dem Dollarraum und evtl. auch gegenüber dem Sterlingraum.
- b. Die weiteren funktionellen Voraussetzungen werden auf weltweiter Ebene angesichts der Verschiedenheit des Entwicklungsstadiums der einzelnen Staaten und der Unterschiedlichkeit ihrer Interessenlage praktisch zunächst nicht oder nur stufenweise zu erreichen sein. Insbesondere kann vorläufig nicht mit einer entscheidenden Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung in weltweitem Rahmen gerechnet werden, da selbst bei voller Konvertibilität ein allgemeiner Abbau protektionistischer Maßnahmen (Schutzzölle, Kontingente, Dumping, Exportsubventionen, Zollpräferenzen) nicht erwartet werden kann.

- c. Die für die funktionelle Integration, d.h. das allmähliche Entstehen eines europäischen Gemeinsamen Marktes notwendigen Voraussetzungen (Liberalisierung, freier Kapitalverkehr, Handelsregeln, Wegfall der Exportsubventionen und Importbelastungen) und Vereinbarungen (Erhaltung der echten und relativ festen Wechselkurse, Konjunkturpolitik, Wettbewerbsverfälschungen, Wettbewerbsordnung, Zollunion) der beteiligten Staaten werden sich in einem regional begrenzten Gebiet, in dem die Unterschiede der Struktur, Entwicklung und Wirtschaftssystem nicht allzu groß sind, eher erreichen lassen als im weltweiten Raum.

Konsequenzen.

- a. Mit der fortschreitenden Entwicklung zum Gemeinsamen Markt verlieren die Staaten ihre Freiheit auf dem Gebiet der Finanz- und Wirtschaftspolitik, insbesondere der Konjunkturpolitik.
- b. Das System des Gemeinsamen Marktes muß in sich stabil bleiben, d.h. es muß bei etwaigen Schwierigkeiten – sei es bei dritten Staaten, sei es bei Mitgliedstaaten – zusammenhalten und geschlossen vorgehen, wobei eine weltoffene Wirtschaftspolitik und keine Autarkie erstrebt wird.
- c. Aus a. und b. ergibt sich, daß entsprechend dem Fortschreiten der funktionellen Integration auch institutionelle Klammern in dem Sinne vorgesehen werden müssen, daß eine übergeordnete Instanz bei Meinungsverschiedenheiten beratend und notfalls entscheidend mitwirkt. Zunächst wäre an föderativen Aufbau (Ministerrat) und erst später an zentrale Organe (Behörden) zu denken.
- d. Bei internationalen Verhandlungen muß alles vermieden werden, was die funktionelle Integration Europas stört, also z. B. eine Währungsregelung, die nur einen Teil der Länder des europäischen Kerngebietes umfaßt.

Über die vorstehenden Bedenken konnte mit dem Leiter der Abteilung I, Müller-Armack, Übereinstimmung nicht erzielt werden. Ich würde deshalb einen gemeinsamen Vortrag für zweckmäßig halten.

In der anliegenden Ausarbeitung hat Min.Dgt. von der Groeben die vorstehend vertretene Auffassung im einzelnen begründet. Diese Vorlage beruht auf meiner Ausarbeitung.

(Dr. Rust)

Dokument 2:

Unterabteilung III D

Bonn, den 14. Mai 1955

Vorzulegen

Herrn Ministerialdirektor Dr. Rust

Über den anliegenden Vermerk betr. weitere europäische Integration wurde Übereinstimmung erzielt zwischen den Referaten der Unterabt. I A und III D. Der Vermerk wird nunmehr Herrn Prof. Müller-Armack zur Genehmigung vorgelegt werden. Ich würde vorschlagen, daß, falls Herr Prof. Müller-Armack und Sie einverstanden sind, der Vermerk Herrn Prof. Ophüls und Herrn Etzel als Unterlage für die vorgesehenen Besprechungen zugeleitet wird. Gleichzeitig müßte Vorlage an Herrn Minister und Herrn Staatssekretär erfolgen.

(von der Groeben)

Bonn, den 14. Mai 1955

V e r m e r k .

Betr.: Weitere europäische Integration.

I. Ziel der Integration.

Das Ziel der Wirtschaftspolitik, Ausweitung der Wirtschaft, Erhöhung der Produktivität, Steigerung der Beschäftigung, Hebung der Lebenshaltung, verlangt ein enges wirtschaftliches Zusammengehen der Staaten. Hinsichtlich der Gestaltung dieses Zusammengehens zeichnen sich zwei Wege ab, die sich insbesondere in ihrer letzten Zielsetzung voneinander unterscheiden.

1. Die Kooperation, die die zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen unter Vervollkommnung, aber Erhaltung der Form des bestehenden Ordnungssystems intensivieren will,
2. die Integration, die unter Überwindung des bestehenden Ordnungssystems nach neuen Formen des Güterausstausches strebt. Außenhandel soll Binnenhandel werden (Gemeinsamer Markt).

Übergang von einer noch so weitgehenden Kooperation zur Integration bedeutet eine Veränderung der Form und bedarf einer bewußten Willensentscheidung in dieser Richtung. Integration kann durch weitgehende Kooperation vorbereitet werden; Kooperation und Integration schließen also einander nicht aus. Bestimmte Voraussetzungen der Integration können vielmehr auf dem Wege der Kooperation geschaffen werden, so z. B. die Konvertibilität.

Für eine Integration dürften bei realistischer Betrachtung nur eine beschränkte Zahl von Volkswirtschaften in einem regional begrenzten Gebiet,

in dem die Unterschiede in Struktur, Entwicklung und Wirtschaftssystem nicht allzu groß sind, in Betracht kommen, während eine Kooperation den größtmöglichen Kreis umfassen sollte. Die weit stärkeren Bindungen, die durch die wirtschaftliche Integration entstehen, sind geeignet, einen politischen Zusammenschluß, der ebenfalls nur eine begrenzte Zahl von Staaten umfassen kann, zu fördern und vorzubereiten.

II. Voraussetzungen der Integration.

In einem Raum, in dem der Gütertausch sich etwa nach den Spielregeln eines Binnenmarktes vollziehen soll (Gemeinsamer Markt), müssen folgende Bedingungen gegeben sein:

- freie Austauschbarkeit der Währungen, Stabilität der Austauschrelationen
- volle Liberalisierung des Güter-, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs,
- fortschreitende Beseitigung der Zölle innerhalb des Gemeinsamen Marktes, Harmonisierung der Außenzölle,
- Freizügigkeit der Personen,
- Ausschluß grober Wettbewerbsverfälschungen von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig, die sich im grenzüberschreitenden Verkehr auswirken,
- Vereinbarungen über Grundsätze des Wettbewerbs (insbesondere Verbot der Preisdiskriminierungen).

Das Vorliegen dieser Bedingungen, die als funktionelle Voraussetzungen der Integration bezeichnet werden können, genügt aber nicht, um die Integration tatsächlich zu verwirklichen.

Die zur Integration, d.h. zur Entstehung eines Binnenmarktes (Gemeinsamer Markt) notwendige psychologische Haltung der Wirtschaftssubjekte in den beteiligten Volkswirtschaften hängt davon ab, daß der erreichte Zustand nicht wieder geändert werden kann. Es müssen darum unlösbare Bin-

dungen zur Erhaltung der funktionellen Voraussetzungen geschaffen werden.

Diese Sicherung muß in zweifacher Weise erfolgen:

- a. Durch bindende Vereinbarungen zwischen den Beteiligten, die funktionellen Voraussetzungen der Integration zu erhalten. Das bedingt eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Währungspolitik und der Konjunkturpolitik, wobei die Erhaltung und weitere Entwicklung der Integration den nationalen Interessen übergeordnet ist.
- b. Durch die Errichtung von dauernden Institutionen, die notfalls in der Lage sind, ein systemgerechtes Verhalten der Beteiligten zu erzwingen.

Diese Institutionen können jeweils nach dem vorliegenden Bedürfnis föderative oder eine mehr unitarische Gestalt annehmen.

Wege zur Erreichung der Integration.

- a. Zu behandeln ist zunächst der Weg, über eine Addition von Teilintegrationen (nach dem Muster der Montanunion) den Zustand der Vollintegration anzustreben (institutionelle Integration).
- b. Auch bei einer Lösung, die auf einen oder mehrere Wirtschaftsbereiche beschränkt wird, müssen die für eine wirtschaftliche Integration als notwendig erkannten funktionellen Voraussetzungen gegeben sein. So lange es an einer dieser Bedingungen, z. B. der Austauschbarkeit der Währungen, fehlt, kann durch sogenannte Teilintegrationen keine wirtschaftliche Integration dieser Teilbereiche, d.h. kein Gemeinsamer Markt dieser Produkte erreicht werden.

Solange die funktionellen Voraussetzungen nicht in vollem Umfange gegeben sind und der Zahlungsbilanzausgleich durch administrative Maßnahmen in den nicht integrierten Sektoren durchgeführt wird, besteht die Gefahr, daß Liberalisierung, Zollverbot usw. auf den integrierten Sektoren durch Einfuhrdrosselungs- und Ausfuhrförderungsmaßnahmen auf anderen Sektoren kompensiert werden müssen.

Auch die Anwendung verschiedener Spielregeln (z. B. auf dem Gebiet des Wettbewerbs, der Preise usw.) auf die integrierten bzw. nicht integrierten Sektoren derselben Volkswirtschaft ist sehr bedenklich und kann zu erheblichen Verfälschungen führen.

Aus der zunehmenden Aufsplitterung in nationale und integrierte Bereiche ergibt sich gleichzeitig eine Aufsplitterung der hoheitlichen Befugnisse, die eine einheitliche Wirtschaftspolitik nicht mehr möglich macht.

Es bleibt darum nur der Weg, die Integration von Anfang an auf den Gesamtbereich der Wirtschaft zu erstrecken. Dabei mit der Errichtung von Institutionen zu beginnen, um über sie eine funktionelle Wirkung zu erzielen, ist sehr bedenklich. Solche Institutionen müssen nach Betätigung dringen, sie würden darum, solange die materiellen Voraussetzungen für ihre Tätigkeit nicht oder nur unvollkommen gegeben sind, störend und desintegrierend wirken. Der Weg zur Integration muß darum als ersten Schritt

die Vorbereitung und Schaffung der funktionellen Voraussetzungen (funktionelle Integration) vorsehen.

Institutionen müssen zur Sicherung des auf funktionellem Gebiet erreichten Zustandes errichtet werden.

Auf diesem Wege würde sich für das Vorgehen etwa folgende Reihenfolge ergeben:

1. Erstes Ziel muß die Herstellung der Austauschbarkeit der Währungen sein. Hierbei dürfte auf den Arbeiten der EZU aufzubauen sein. Die Austauschbarkeit der Währungen muß in allen an der Integration beteiligten Staaten hergestellt werden. Da die neuen Austauschrelationen im Gemeinsamen Markt unverfälscht sein müssen (echte Wechselkurse), ist grundsätzlich die volle Konvertibilität der an der Integration Beteiligten zu fordern.

Nach Herstellung der Konvertibilität müssen, wie oben dargelegt, bindende Vereinbarungen über ihre Erhaltung zwischen den sich integrierenden Staaten abgeschlossen und institutionell gesichert werden.

2. Grundsätzlich ist bei voller Konvertibilität auch die volle Liberalisierung des Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs gegeben. Die zeitweise Beibehaltung gewisser Beschränkungen zum Schutz besonders gefährdeter Wirtschaftsbereiche (Landwirtschaft) ist denkbar. Ihr Abbau wird sich am besten an den schrittweisen Abbau der Zölle anpassen lassen.
3. Die Beseitigung der Zölle erfolgt zweckmäßigerweise durch Gründung einer Zollunion. Hier wäre ein langfristiger Arbeitsplan zum Abbau der Zölle festzulegen, so daß die Möglichkeit besteht, für die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen Zeit zu gewinnen. Am Ende der für die Errichtung der Zollunion vorgesehenen Frist müßten die Zölle und Kontingente völlig beseitigt sein.

Durch die Gründung der Zollunion würde eine weitere wichtige institutionelle Klammer errichtet werden.

4. Zeitlich gleichlaufend mit dem Fortschreiten des Abbaues der Zölle und restlichen Kontingente müssen die Maßnahmen zur Beseitigung der Wettbewerbsverfälschungen getroffen werden, die spätestens bei Ablauf der für die Errichtung der Zollunion vorgesehenen Frist in Kraft treten müßten.

Ohne Beseitigung der Preisdiskriminierungen und ohne Verbot des unlauteren Wettbewerbs, d.h. ohne die Grundzüge einer Wettbewerbsordnung, werden sich in dem Gemeinsamen Markt keine binnenmarktähnlichen Beziehungen entwickeln.

ZEI DISCUSSION PAPER: Bisher erschienen / Already published:

- C 1 (1998) Frank Ronge (Hrsg.)
Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union
- C 2 (1998) Gabor Erdödy
Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns
- C 3 (1998) Stephan Kux
Zwischen Isolation und autonomer Anpassung: Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?
- C 4 (1998) Guido Lenzi
The WEU between NATO and EU
- C 5 (1998) Andreas Beierwaltes
Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?
- C 6 (1998) Jerzy Buzek
Poland's Future in a United Europe
- C 7 (1998) Doug Henderson
The British Presidency of the EU and British European Policy
- C 8 (1998) Simon Upton
Europe and Globalisation on the Threshold of the 21st Century.
A New Zealand Perspective
- C 9 (1998) Thanos Veremis
Greece, the Balkans and the European Union
- C 10 (1998) Zoran Djindjic
Serbiens Zukunft in Europa
- C 11 (1998) Marcus Höreth
The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy
- C 12 (1998) Saadollah Ghaussy
Japan and the European Union
- C 13 (1998) Walter Schweidler
Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa
- C 14 (1998) Wolfgang Ischinger
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam
- C 15 (1998) Kant K. Bhargava
EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation
- C 16 (1998) Anthony J. Nicholls
Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?
- C 17 (1998) Nikolaj Petersen
The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam
- C 18 (1998) Aschot L. Manutscharjan
Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven
- C 19 (1998) Stefan Fröhlich
Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO
- C 20 (1998) Tönis Lukas
Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa
- C 21 (1998) Wim F. van Eekelen
Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- C 22 (1998) Ludger Kühnhardt
Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts.
- C 23 (1998) Marco Bifulco
In Search of an Identity for Europe
- C 24 (1998) Zbigniew Czachór
Ist Polen reif für die Europäische Union?
- C 25 (1998) Avi Primor
Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union
- C 26 (1998) Igor Leshoukov
Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration
- C 27 (1998) Dirk Rohtus
Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa

- C 28 (1998) Jürgen Rüttgers
Europa – Erbe und Auftrag
- C 29 (1999) Murat T. Laumulin
Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
- C 30 (1999) Valdas Adamkus
Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania
in the 21st Century's Continent
- C 31 (1999) Ivo Samson
Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU.
- C 32 (1999) Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala
Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven
- C 33 (1999) Dietrich von Kyaw
Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des
Europäischen Rates in Wien
- C 34 (1999) Hagen Schulze
Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike
- C 35 (1999) Günter Verheugen
Germany and the EU Council Presidency
- C 36 (1999) Friedbert Pflüger
Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt
- C 37 (1999) José María Gil-Robles
Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union
- C 38 (1999) Peter Wittschorek
Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999
- C 39 (1999) Anatolij Ponomarenko
Die europäische Orientierung der Ukraine
- C 40 (1999) Eduard Kukan
The Slovak Republic on its Way into the European Union
- C 41 (1999) Ludger Kühnhardt
Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt
- C 42 (1999) Simon Green
Ausländer, Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der
europäischen Unionsbürgerschaft?
- C 43 (1999) Ljerka Mintas Hodak
Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of
European Integration
- C 44 (1999) Wolfgang Schäuble
Unsere Verantwortung für Europa
- C 45 (1999) Eric Richard Staal
European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma
- C 46 (1999) Marek J. Siemek
Demokratie und Philosophie
- C 47 (1999) Ioannis Kasoulides
Cyprus and its Accession to the European Union
- C 48 (1999) Wolfgang Clement
Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik
- C 49 (1999) Volker Steinkamp
Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem
Ersten Weltkrieg
- C 50 (1999) Daniel Tarschys
50 Jahre Europarat
- C 51 (1999) Marcin Zaborowski
Poland, Germany and EU Enlargement
- C 52 (1999) Romain Kirt
Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung
- C 53 (1999) Ludger Kühnhardt
Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens

- C 54 (1999) Lothar Rühl
Conditions and options for an autonomous „Common European Policy on Security and Defence“ in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999
- C 55 (1999) Marcus Wenig (Hrsg.)
Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei
- C 56 (1999) Rafael Biermann
The Stability Pact for South Eastern Europe - potential, problems and perspectives
- C 57 (1999) Eva Slivková
Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession
- C 58 (1999) Marcus Wenig (Ed.)
A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations
- C 59 (1999) Ivo Sanader
Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership
- C 60 (2000) Ludger Kühnhardt
Europas Identität und die Kraft des Christentums
- C 61 (2000) Kai Hafez
The West and Islam in the Mass Media
- C 62 (2000) Sylvie Goulard
Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich
- C 63 (2000) Elizabeth Meehan
Citizenship and the European Union
- C 64 (2000) Günter Joetze
The European Security Landscape after Kosovo
- C 65 (2000) Lutz Rathenow
Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger
- C 66 (2000) Panos Kazakos
Stabilisierung ohne Reform
- C 67 (2000) Marten van Heuven
Where will NATO be ten years from now ?
- C 68 (2000) Carlo Masala
Die Euro-Mediterrane Partnerschaft
- C 69 (2000) Weltachsen 2000/World Axes 2000. A documentation
- C 70 (2000) Gert Maichel
Mittel-/Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?
- C 71 (2000) Marcus Wenig (Hrsg.)
Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration
- C 72 (2000) Ludger Kühnhardt/Henri Ménudier/Janusz Reiter
Das Weimarer Dreieck
- C 73 (2000) Ramiro Xavier Vera-Fluixa
Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union
- C 74 (2000) Xuewu Gu (Hrsg.)
Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?
- C 75 (2000) Stephen C. Calleya
Is the Barcelona Process working?
- C 76 (2000) Ákos Kengyel
The EU's Regional Policy and its extension to the new members
- C 77 (2000) Gudmundur H. Frimannsson
Civic Education in Europe: Some General Principles
- C 78 (2000) Marcus Höreth
Stille Revolution im Namen des Rechts?
- C 79 (2000) Franz-Joseph Meiers
Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?

- C 80 (2000) Gennady Fedorov
Kaliningrad Alternatives Today
- C 81 (2001) Ann Mettler
From Junior Partner to Global Player: The New Transatlantic Agenda and Joint Action Plan
- C 82 (2001) Emil Minchev
Southeastern Europe at the beginning of the 21st century
- C 83 (2001) Lothar Rühl
Structures, possibilities and limits of European crisis reaction forces for conflict prevention and resolution
- C 84 (2001) Viviane Reding
Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft
- C 85 (2001) Ludger Kühnhardt
Towards Europe 2007. Identity, Institution–Building and the Constitution of Europe
- C 86 (2001) Janusz Bugajski
Facing the Future: The Balkans to the Year 2010
- C 87 (2001) Frank Ronge / Susannah Simon (eds.)
Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe
- C 88 (2001) Ralf Elm
Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze einer interkulturellen Philosophie
- C 89 (2001) Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Big Leap to the West: The Impact of EU on the Finnish Political System
- C 90 (2001) Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.)
Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation
- C 91 (2001) Jörg Monar
EU Justice and Home Affairs and the Eastward Enlargement: The Challenge of Diversity and EU Instruments and Strategies
- C 92 (2001) Michael Gehler
Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich
- C 93 (2001) Georg Michels
Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten
- C 94 (2001) Marcus Höreth
The European Commission's White Paper Governance: A 'Tool-Kit' for closing the legitimacy gap of EU policymaking?
- C 95 (2001) Jürgen Rüländ
ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship
- C 96 (2001) Bo Bjurulf
How did Sweden Manage the European Union?
- C 97 (2001) Biomedizin und Menschenwürde.
Stellungnahmen von Ulrich Eibach, Santiago Ewig, Sabina Laetitia Kowalewski, Volker Herzog, Gerhard Höver, Thomas Sören Hoffmann und Ludger Kühnhardt
- C 98 (2002) Lutz Käppel
Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas
- C 99 (2002) Vaira Vike-Freiberga
Republik Lettland und das Land Nordrhein-Westfalen – Partner in einem vereinten Europa
- C 100 (2002) Janusz Musial
Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Opoln) nach Deutschland. Ein Testfall für die Erwerbswanderungen nach der Osterweiterung?
- C 101 (2002) Felix Maier (Hrsg.)
Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership.
- C 102 (2002) Hendrik Vos
The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken
- C 103 (2002) Helmut Kohl
Der EURO und die Zukunft Europas

- C 104 (2002) Ludger Kühnhardt
The Lakes of Europe
- C 105 (2002) Katharina von Schnurbein
Der tschechische EU-Beitritt: Politischer Prozeß wider die öffentliche Meinung
- C 106 (2002) Andrew Dennison
Shades of Multilateralism. U.S. Perspectives on Europe's Role in the War on Terrorism
- C 107 (2002) Boris Hajoš et.al.
The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries
- C 108 (2002) Hans von der Groeben
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 109 (2002) Emil Mintchev /Klaus Büniger
A Sustained Economic Revival in Kosovo. Need for a Liberal Concept
- C 110 (2002) Michael Lochmann
Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeer-Kooperation und Europäischer Union
- C 111 (2002) Indra de Soysa / Peter Zervakis
Does Culture Matter? The Relevance of Culture in Politics and Governance in the Euro-Mediterranean Zone

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** wurde 1995 als selbständig arbeitende, interdisziplinäre Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet. In Forschung, Lehre und Politikberatung sowie im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis beteiligt sich das ZEI an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage im Internet: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfaßten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Jeder Beitrag unterliegt einem internen Auswahlverfahren und einer externen Begutachtung. Gleichwohl gibt er die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten zusammen. Die aktuelle Liste finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.ZEI.de>.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** was established in 1995 as an independent, interdisciplinary research institute at the University of Bonn. With research, teaching and political consultancy ZEI takes part in an intensive dialogue between scholarship and society in contributing to the resolution of problems of European integration and the development of Europe's global role. For further information, see: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. Each paper has been exposed to an internal discussion within the Center for European Integration Studies (ZEI) and an external peer review. The papers mostly reflect work in progress. For a current list, see the center's homepage: <http://www.ZEI.de>.

ISSN 1435-3288

ISBN 3-936183-08-2

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>